

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mkt im Liebesjahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Char. Ottenburg, 1. Lohestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5347

Nummer 29

Berlin, den 21. Juli 1928

3. Jahrgang

Bericht über den Verbandstag in Hamburg.

Schon bei der Ankunft auf dem Bahnhof war am 7. Juli zu erkennen, daß der Verbandstag der Fabrikarbeiter im Gewerkschaftshaus ist. Eine Empfangsporte an der Praesalee und das Gewerkschaftshaus selbst liehen dies an der Ausschmückung erkennen. Am Sonntag, den 8. Juli, abends 6 Uhr, trafen sich die Delegierten im renovierten, festlich ausgeschmückten großen Saale des Gewerkschaftshauses. Eröffnet wurde der Verbandstag von dem Bläser-Quintett des Hamburger Stadttheaters durch ein Musikstück. Dann sang der Chorverein Ottenen zwei Begrüßungslieder. Die Darbietungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Kollege Fröhlich, der Leiter der Hamburger Zählstelle, begrüßte die Delegierten und Gäste in der herzlichsten Weise. Er verwies in seiner Ansprache darauf, daß der erste Verbandstag in Hamburg im Jahre 1904 abgehalten wurde und daß seinerzeit dieser Verbandstag wichtige Unterstützungseinrichtungen für den Verband zu regeln hatte, die sich außerordentlich gut bewährten. Auch dieser Verbandstag stehe unter einem ähnlichen Zeichen, denn er habe die Einführung der Invaliden-Unterstützung zu beschließen. Weiter behandelte er die Schwierigkeiten, unter denen sich die Hamburger Zählstelle entwickelten. Sie sind nun überwunden und die durchgeführte Zentralisation im Gebiet Groß-Hamburgs hat sich für die Zählstelle sehr günstig ausgewirkt. Heute geht es kräftig damit aufwärts.

Dann hieß unser Kollege Brey, der Verbandsvorsitzende, die erschienenen Hamburger und Altonaer Behörden, Gäste und Delegierten herzlich willkommen. Vom Hamburger Senat war der Vertreter Senator Neumann erschienen. Er führte in seiner Ansprache aus, daß Hamburg schon seit Jahrzehnten wohl eine Republik war, daß aber früher der Einfluß der Arbeiterschaft auf sie nicht vorhanden gewesen sei. Jetzt ist das anders. Für Hamburg kommt kein sozialpolitisches Gesetz mehr zustande, das nicht unter der Mitwirkung der Gewerkschaften zustande gekommen ist. Der Hamburger Senat räumt den Gewerkschaften den ihnen gebührenden Einfluß ein und bringt der Gewerkschaftsbewegung das größte Interesse entgegen. Im Namen des Senats hieß er die Delegierten und Gäste des Verbandstages in den Mauern Hamburgs willkommen und wünschte Glück für die Verhandlungen. Die Stadt Altona hatte zur Begrüßung ihren Oberbürgermeister Brauer geschickt. Er ist unser Kollege und ging aus der Glasarbeiterkollegenliste hervor. Brauer konnte in seiner Ansprache darauf hinweisen, daß es ihm mit besonderem Stolz erhalte, als Kollege und Stadtbeamter sprechen zu können. Er habe sich die Ehre zu seiner Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung gefühlt und heute noch sei es sein Bestreben, auch als Oberbürgermeister für die großen Ziele der Arbeiterschaft zu wirken. Dann lud er die Kollegen zur Besichtigung seiner Stadt ein und wünschte dem Verbandstag besten Erfolg.

Vom Kollegen Brey wurde dann den beiden Vordrednern Dank erstattet.

Der Bundesvorstand des ADGB, der durch seinen ersten Vorsitzenden, den Genossen Leipart, vertreten, Leipart übermittelte die Grüße des Bundesvorstandes und brachte zum Ausdruck, daß sich der Vorstand des ADGB über den guten Fortschritt freut, den der Fabrikarbeiterverband in den letzten Jahren verzeichnen konnte. In der Ansprache deutete er schon darauf hin, daß in den nächsten Wochen der Gewerkschaftsfongress in Hamburg sein wird, zu dem, wie aus der Tagesordnung hervorgeht, dieser Verbandstag bereits Vorarbeit leistet. Besonders freute er sich, daß den wirtschaftspolitischen und Willkürfragen in besonderen Referaten die große Beachtung geschenkt werde. Besonders müsse dafür gestrebt und gearbeitet werden, der Wirtschaftsdemokratie die Wege zu ebnen. Er wünschte dem Verbandstag erfolgreiche Arbeit.

Vom Ortsausschuß Hamburg des ADGB war Genosse John Chrentz vertreten. Er konnte in seiner Ansprache ganz erfreuliche Angaben über die Entwicklung der Hamburger Gewerkschaftsbewegung geben, die recht gute Erfolge für die Hamburger Arbeiterschaft gezeitigt habe. Er habe den Wunsch, die Tagung möge dazu beitragen, daß die gewerkschaftlichen Waffen stark und scharf gehalten werden.

Auch diesen beiden Rednern dankte der Kollege Brey für ihre Ausführungen.

Zur Leitung des Verbandstages wurden dann die Kollegen Brey-Hannover, Voh-Hamburg und Wallmann-Charlottenburg bestimmt. Als Schriftführer die Kollegen Deusch-Hannover und die Kollegen Hert-Rind, Meinhardt-Nahla, Wager-Dresden, Drews-Königsberg und Seeger-Schäft gewählt. Die Geschäftsordnung wurde, soweit es notwendig war, ergänzt und angenommen.

Nach einer weiteren Darbietung des Bläser-Quintetts war der Gröffnungsabend beendet.

Zweiter Verhandlungstag.

Als Verhandlungsleiter eröffnete Kollege Voh am Montag, 9. Juli, den Verbandstag. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und des Begrüßungsredens hielten die ausländischen Gäste Begrüßungsreden.

Als erster sprach der Sekretär der Glasarbeiter-Internationale, Genosse Delzant-Frankreich. Seine Ansprache wurde von Kollege Gribig, der Tochter unseres Kollegen Gribig, überföhrt. In erster Linie begrüßte er den Verbandstag und überbrachte die Grüße der französischen Glasarbeiter. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Glasarbeiter in Deutschland seit 1926 in einer größeren Familie aufgenommen worden sind und zwar im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Auch in Frankreich gebe die kapitalistische Entwicklung den gleichen Weg wie in Deutschland. Deshalb haben auch die französischen Kapitalisten die gleichen Bestrebungen zur Unterdrückung der Arbeiter. Die Arbeiterschaft müsse das gleiche tun, d. h. ebenfalls zusammenhalten, um sich günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. In der französischen Glas-

Industrie werde rationalisiert und technisiert, so daß sich die Arbeiterschaft dort mit aller Macht dafür einsetzen müsse, die Lebensnotwendigkeiten sich teils zu erhalten und zu verbessern. Daraus erwachse die Notwendigkeit für den Klassenkampf und den Kampf gegen die Reaktion. Als Franzose habe er die Hoffnung, daß die Annäherung Deutschlands und Frankreichs mehr und mehr Platz greife und daraus die Sicherung für den Frieden entspre. Frankreich und Deutschland müssen zusammenhalten.

Von Schweden überbrachte der Genosse Karl Lindahl in vorzüglichem Deutsch die Grüße aus diesem Lande. Er dankte für die Einladung und für das geschenkte Vertrauen. Daß gerade er als junger Kollege anwesend sei, gehe daraus hervor, daß die älteren Kollegen in Schweden der Auffassung seien, gerade die jüngsten müßten hinaus, um sich internationale Erfahrungen zu sammeln. Die schwedischen Genossen brachten den deutschen Gewerkschaften stets das größte Interesse entgegen. Deshalb seien sie vertreten. Auch in Schweden werde rationalisiert, wodurch die Arbeitslosigkeit steige. Da dieses Bestreben der Kapitalisten international sei, müsse ein engeres Zusammenarbeiten der Gewerkschaften der Länder Platz greifen und ein größerer Kontakt international hergestellt werden. Schweden habe große Kämpfe und Ausperrungen zu überstehen, insbesondere in den Industriezweigen, für die der Fabrikarbeiterverband in Frage komme. Die Erfolge waren groß in der Zuder- und Fensterglasindustrie. Die Konflikte kosteten Opfer, die die schwedischen Kollegen gerne brachten. Sie wurden überwunden und daraus konnte der schwedische Fabrikarbeiterverband eine erhebliche Stärkung und Festigung erfahren. Er sehe aus der Tagesordnung, daß der Bildungsfrage ein besonderes Augenmerk gewidmet werde und damit sei zweifellos die deutsche Organisation auf dem rechten Wege nach vorwärts.

Genosse Kasnussen-Dänemark übermittelte dann die Grüße des Fabrikarbeiterverbandes in Dänemark und erwähnte, daß die Dänen erfreut waren über den politischen Umsturz in Deutschland. Gerade sie in Dänemark hätten als Arbeiter die Erfahrung gemacht, daß sie mit einem sozialistischen Kabinett besser dran wären als mit dem jetzigen bürgerlichen. Das träte sicher auch in Deutschland zu und komme hier der Arbeiterschaft zugute.

Norwegen hatte den Kollegen Jonsson-Oslo als Vertreter geschickt, der ebenfalls in deutscher Sprache seine Ausführungen machte. Er verwies darauf, wie Norwegen in der chemischen, Katt- und Stickstoff-Industrie immer mehr in der internationalen Kapital einbringe, woraus auch die Arbeiterschaft ihre Schlüsse zu ziehen habe. Die Gewerkschaften Norwegens hätten Kämpfe zu bestehen, die große Opfer erforderten, aber das Tarifverhältnis konnte doch erhalten werden. Er mache seine Ausführungen deshalb, damit die Deutschen sehen, daß in Norwegen die Arbeiterschaft die gleichen Bestrebungen habe wie in Deutschland.

Als Vertreter Österreichs sprach Genosse Weich-Wien. Er redete auch im Namen der holländischen und des tschechischen Vertreters. Er machte darauf aufmerksam, daß es ihm als Österreicher erfreut habe, in Deutschland so schön und gut empfangen zu werden. Er freute sich darüber, daß die Tagung besonders für die älteren Arbeiter und Arbeiterinnen durch Einführung der Invalidenunterstützung Sorge tragen wolle und brachte zum Ausdruck, daß es bald dahin kommen möge, in absehbarer Zeit mitten unter den Deutschen als Delegierter zu sitzen, um den Gau Österreich zu vertreten. Er überbrachte die Grüße und besten Glückwünsche dem Verbandstag.

Kollege Brey dankte den ausländischen Vertretern im Namen des Vorstandes für die Beantwortung, besonders hob er hervor, daß wir uns freuen über die Anwesenheit eines Franzosen, besonders darüber, daß in Frankreich auch unsere Auffassung über die friedlichen Annäherungen vertreten werden. Wir haben die Hoffnung auf Völkerverständnis und wünschen den aktiven Kampf der Gewerkschaften für den Frieden. Die Vorbereitung der Tagung sei dazu notwendig, um die Ideen durchzuführen. Den Genossen Weich-Wien bitte er, auf Grund seiner Ausführungen, er möge mit dazu beitragen, die Organisation des Gaus Wien vorzubereiten.

Vorstandsbericht des Kollegen Brey.

Kollege Brey führte aus: Wir begrüßen die Verschmelzung und erblicken in ihr einen prägnantesten Fortschritt und eine Stärkung des Verbandes. Die Stärkung hat sich bereits ausgewirkt. Der Verbandstag erkennt die bestehende Rechtslage, die auf dem Bundestag in Leipzig zum Ausdruck kam, durch die Beschlüsse und die Erklärungen des Hauptvorstandes an. Die Erklärung wurde von dem Kollegen Wollmann akzeptiert. Die Ausführungen des Kollegen Wollmann in Nr. 25 des 'Keramischen Bundes' sind die Bestätigung dafür. Durch die Erklärung und die Beschlüsse erachten wir die Rechtslage zwischen Vorstand und Bund für geklärt, wenn auch die anderen Voraussetzungen erfüllt werden, auf die wir drängen müssen. Voraussetzung ist, daß sämtliche diesbezüglichen Anträge vom Verbandstag abgelehnt werden müssen. Die Statutenberatungskommission hat sich bereits auf diesen Boden gestellt. Der Verbandstag wird die Anträge als abgelehnt erklären müssen. Treten im Laufe der Jahre Notwendigkeiten zu Änderungen ein, dann ist es Zeit, durch Verständigung und nicht durch Rechtsbehelfsbehindern herbeizuführen. Wenn der Verbandstag sich auf diesen Boden stellt, dann ist die Rechtslage geklärt und Mißverständnisse können dann nicht mehr vorhanden sein.

Wie sich der Verband entwickelte, ergeben die Ziffern, die im Geschäftsbericht bereits über den Stand unseres Verbandes angegeben sind. Ende des Jahres 1925 hatten wir 36168 Mitglieder. Ende 1926 waren es 375935. 1927 konnten wir 42309 zahlen und im April dieses Jahres war festzustellen, daß wir die 450000 bereits überschritten hatten. Diese Ziffern zeigen uns eine Zunahme, aber sie zeigen uns auch, daß wir noch nicht allmächtig sind.

Die Kommunisten haben zu den Vorbereitungen zu den Wahlen die Auffassung vertreten, das Streikrecht sei gefährdet. Verbandsseitig können wir feststellen, daß das nicht der Fall ist, denn wir haben gekämpft im Laufe der Verichtszeit und zwar nach den gleichen Voraussetzungen, wie in Vorliegszeiten. Der Streik ist aber nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck. Wenn wir auf anderem Wege die Möglichkeiten eines Vergleichs geboten bekommen, dann betreten wir diesen Weg und streifen nicht. In dieser Sache ist eine Änderung nicht eingetreten. Wenn es notwendig ist, wird gestreikt. Wenn es nicht mehr in dem früheren Maße notwendig ist, dann liegt das an der Stärke und dem Einfluß unseres Verbandes. Wir wollen uns eine Streikpflicht nicht durch andere aufzwingen lassen, sondern selbst unsere Taktik bestimmen. Nicht die Zahl der Organisierten allein ist bestimmend, wie wir uns zu verhalten haben, sondern auch die Wirtschaftslage ist ein beachtenswerter Faktor, sowie der Andrang auf dem Arbeitsmarkt, die Nachfrage nach Arbeitskräften ist also auch bestimmend. Dann kommt hinzu, daß der Auslandsmarkt nicht mehr so für die Produktion aufnahmefähig ist wie früher. Es besteht auch eine geschwächte Kaufkraft der Massen. Durch die Technisierung wurde dem Arbeitsmarkt Zustrom zugeführt. Das ist für die Arbeiter nicht günstig. Gegenwärtig sind an die 700000 Arbeitslose vorhanden, die unterstützt werden. Dann kommt noch ein beträchtlicher Teil Nichtunterstützter hinzu. Wie ungünstig wir in Bezug auf den Arbeitsmarkt in den Nachkriegsjahren dastanden, ergibt ein Vergleich von Ziffern: im Jahre 1913 war die durchschnittliche Arbeitslosigkeitsziffer 1,4, 1925 dagegen 6,9, 1926: 17,7 und 1927: 11,4. Im Juni 1913, dem Monat der besten Beschäftigung, standen sich die Vergleichsziffern gegenüber, wie 1,3 zu 3,1 zu 16,7 zu 6,2, das ist gegen früher eine bedeutende Vermehrung und Verschlechterung. Bei so überlaufenem Arbeitsmarkt ist es Pflicht, daß wir überlegen, ob der Streik anwendbar oder zu vermeiden ist. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, müssen wir uns deshalb so verhalten, wie in der Resolution zu Punkt 3 niedergelegt ist. Den Unternehmern wäre öfter eine Arbeitsniederlegung willkommen gewesen als Streikmaßnahmen, mehr als einmal ging das Bestreben der Scharfmacher dahin, die Verhandlungen zu bekämpfen. Das muß auch berücksichtigt werden.

Nun zur politischen Einstellung der Verbandsorgane. So lange sie als Sprachrohr des Vorstandes bestehen und so lange das Bestreben der ADGB zu beobachten ist, uns ihre gewerkschaftliche Taktik aufzubringen und in die Mitgliederkreise tragen, so lange müssen die Verbandsorgane diese Einstellung haben. Ich will in diesem Zusammenhang auf die Anweisungen Bezug nehmen, die am 25. Februar 1929 vom Offizium als Anweisung für die Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten hinausgegeben sind. Die Resolution enthält die Mitarbeit der Massen muß vor sich geben unter der Leitung des Streikts und gegen die Töne der Sozialdemokraten für den Tarifvertrag. Unsere Tarifpolitik lassen wir uns von keiner Partei beeinflussen. Bis jetzt hat in dieser Richtung nur die kommunistische Partei den Versuch gemacht, die sozialdemokratische noch nicht. Würde diese ihn aber machen, so müßten wir ihr genau so entgegenzutreten, wie den Kommunisten. Die Erfahrung war uns Schmeißerlein, mit dieser Untreue gegen abgedruckten Tarife. Wir haben damit böse Erfahrungen gemacht. Auf der anderen Seite sind diese wohl schon vergessen. Wir dagegen haben sie noch heute in Erinnerung. Ich erinnere an Leuna, Lebertufen, Ludwigshafen, Wertheburg, Hannover, dort hat sich die auf uns einfallende Taktik böse für unsere Organisation ausgewirkt. Die gewerkschaftliche Organisation wurde dort allmählich ein Trümmerhaufen, allerwärts leben wir dort unorganisierte in Massen. Die Betriebsvertretungen wurden dadurch sehr stark beeinträchtigt. Wir wollen diese Dinge nicht ein zweites Mal erleben. Wir wissen, was uns das an moralischem Einfluß gekostet hat und wehren uns deshalb zum zweiten Mal gegen die Untreue. Wir wollen akzeptieren, daß unsere Arbeit des Aufbaus und des Wiederaufbaus der Trümmerhaufen nicht wieder gestört wird. Deshalb müssen unsere Verbandsorgane so schreiben wie jetzt.

Zu den Aufrufen, die bei den Reichstags- und Präsidentschaftswahlen von den Gewerkschaften herausgegeben und von den Verbandsorganen veröffentlicht wurden, habe ich noch auf dem Leipziger Kongress eine andere Auffassung. Wie ich mich inzwischen überzeugt habe, war sie falsch. Gewerkschaften und Verbandsorgane müssen zu diesen wichtigen Begebenheiten so Stellung nehmen, wie sie es taten.

Ich wende mich gegen die Unwahrhaftigkeit der Kommunisten und derer, die sich herausnehmen, Aufrufe zu geben, als seien sie politisch harmlos. Sie sind nicht so harmlos. Wir müssen deshalb auch den Versuch machen, unsere Annahmen in die Kreise der Mitgliedschaft und damit in die Betriebe zu tragen und dürfen dieses Verrecht nicht den Kommunisten überlassen. Diese haben in Betriebskreisen Stellung genommen gegen uns in politischer und wirtschaftlicher Art und auch zu den Wahlen zum Verbandstag. Das war ein verbandspolitischer Akt. Deshalb wenden wir uns dagegen. Vieles, was in diesen Betriebskreisen über unsere gewerkschaftliche und politische Tätigkeit geschrieben wurde, ist unwahr, vor allem die Angaben über die Ausschüsse aus dem Verband. Ein Kommunist ist wegen seiner Meinung aus dem Verbande ausgeschlossen worden, sondern nur solche Mitglieder, die die Verbandarbeit stören. Unsere Auffassung über die Ausschüsse der letzten drei Jahre erlaubt, daß die Mehrzahl der Ausschüsse zum größten Teil wegen Unterschlagung, wegen Streikbruch, wegen Aufstellung von Sonderlisten, wegen Fälschung von Mitgliedslisten, wegen Verhinderung der Betriebsräte, wegen Streik der Mitgliederbesammlungen und wegen Beleidigung von Anstellten aus dem Verbande entfernt wurden. In all diesen Fällen ist nicht nach revolutionärer oder politischer Meinung gefragt worden. Deshalb entspricht die Verhandlung

in den Blättern der F. D. nicht den Tatsachen, sondern ist lediglich eine Verleumdung des Verbandes und seiner Funktionäre. Der Vorstand ist in seiner Wehrhaftigkeit aus den Betrieben zusammengebrochen, ein Argwohn kann deshalb über die Beschlüsse des Vorstandes gar nicht bestehen. Daraus geht auch hervor, daß die angestellten Vorstandsmitglieder nicht aus eigener Macht entscheiden und keine Disziplin ausüben können, weder der Zusammenziehung nach, noch nach den Satzungen. Ein Willkürregiment ist ausgeschlossen. Wer etwas anderes behauptet, verleumdet die Organisation. In den Zeitungen ist auch angebroht, daß mit uns scharfe Abrechnung gehalten wird. Wir hätten der 9- und 12stündigen Arbeitszeit unsere Zustimmung gegeben. Ich stelle dazu fest, der 12-Stundentag ist durch keine Inflanz unsererseits gutgeheißen worden. Wir sind stets auf das Schärfste dagegen gewesen. Wenn die andere Seite, also die Unternehmer, mächtiger waren, dann sind die Dinge gegen uns gehen mit Hilfe derer, die ihre Organisationspflichten verletzten. Die Gewerkschaftsvertreter im Reichstages haben gegen die Verschlechterung des Arbeitszeitgesetzes gestimmt. Wenn nun gar noch behauptet wird in den kommunistischen Blättern und Blättern, daß das alles geschehen sei, um Röstchen zu bekommen, so müssen wir den Beweis dafür verlangen und verlangen auch Widerruf. Im Gegenteil, eine erhebliche Anzahl Gewerkschaftsangehöriger hat es abgelehnt, staatliche Röstchen zu bekommen, weil sie ihre Arbeit im Dienste der Gewerkschaftsbewegung leisten wollen. Diese Unterstellung weise ich aufs Schärfste zurück.

Ferner wird uns der Vorwurf gemacht, wir hätten aus den Klassenkampflichen Gewerkschaften gelbe Harmonievereine gemacht. Höher geht es in dieser Richtung nicht. Tollere Verleumdungen sind uns noch nicht vorgekommen. Die Organisation ist damit in ihrer Ehre angefaßt. Ich habe die Absicht, vorzuschlagen, den Kandidaten, in dessen Bezirk diese schändlichen Behauptungen aufgestellt wurden, zu fragen, ob er mit dieser Auffassung einverstanden ist. Wenn ja, dann müssen wir ihn zur Rechenschaft ziehen. Unsere Vertreter dürfen nicht freiwildig sein. Und die Unorganisierten dürfen sich nicht darauf berufen, als ließen wir die Dinge ungewissen geschehen und hingehen.

Die Unorganisierten nehmen die Erfolge der Gewerkschaften auch für sich in Anspruch. Dieser Ungehörigkeit ist einer ersten Prüfung wert. Es gilt mehr als je, Front zu machen gegen das Unmoralische, auf dem gleichen Felde zu ernten wie die Gewerkschaften, ohne getötet und mitgeopfert zu haben. Den Unorganisierten muß eingehämmert werden, daß sie ein Hemmnis und ein Hindernis im Aufstieg der Arbeiterbewegung sind, daß ihre Nichtanerkennung, ihr Verrücktes sich so auswirkt, als seien sie Bundesgenossen des Unternehmertums und ihr eigener Klassenfeind. Wir haben bisher Agitation getrieben und müssen dieses auch künftig tun. Dabei wollen wir uns die technischen Eigenschaften der Menschheit nutzbar machen, z. B. den Film. Wir wollen auch die öffentliche Propaganda fördern. Unsere Verbandsorgane sind schon gutes Propagandamittel. Die Leser können den Inhalt mit beeinflussen und auch so unserer Sache mitteilen. Unsere Publikationen arbeitsrechtlicher, volkswirtschaftlicher Art sind das gleiche Medium für unsere Tätigkeit. Für unsere Leistungen insgesamt wird der Verbandstag ein anderes Urteil fällen, es darf nicht quitiert werden mit Misstrauen, sondern mit Vertrauen der übergroßen Mehrheit.

Die Tätigkeit des literarisch-statistischen Büros über den Konjunkturstand, den Arbeitsmarkt, den Stand der Löhne im In- und Ausland und anderes waren auch sehr wertvolles Material für unsere Funktionäre. Eine Zusammenstellung über das Arbeitsgebiet dieses Büros ist in einem Nachtrag zum Vorstandsbericht eigens noch Wichtiges gesagt. Wir müssen daraus die Schlussfolgerung ziehen, Publikationen ähnlicher Art zu fördern. Wir haben Flugblätter in einer Zahl von 3226 000 Exemplaren hinausgegeben. Darin steckt auch viel Arbeit. Das alles soll anerkannt werden.

In unserer Entschliebung sind die Forderungen der Arbeiterklasse enthalten, die gegenwärtig am dringlichsten sind. Sie entsprechen auch den Forderungen des A. D. G. V. Damit treten wir das, was wir tun müssen. Auch wir appellieren an das Urteil des Verbandstages. Wir nehmen scharfe Worte nicht krumm. Wir sind nicht empfindlich, Sie können scharf, aber gerecht urteilen, wir sind für jede Anregung im förderlichen Sinne dankbar.

Bundesbericht

Der Bundesleiter, Kollege Volkman-Charlottenburg, gab zusammenfassend folgende Übersicht über seine Tätigkeit. Die Kollege Bryn, so muß auch ich betonen, daß die Verschmelzung sich als organisatorischer Fortschritt erwiesen hat. Ich freue mich darüber. Wir sind es zum ersten Male vergönnt, als Leiter des Keramischen Bundes auf dem Verbandstage zu berichten. Über die Tätigkeit des Bundes an sich kann ich eigentlich nicht viel sagen. Im schriftlichen Jahresbericht ist genau Auskunft darüber gegeben. Die Bundesaktivität erstreckt sich in der Hauptsache auf die drei Branchen und tritt in der gemeinsamen Arbeit dieser drei Glieder in Erscheinung. Viel Tätigkeit des Bundesleiters ist auch in den Branchenberichten enthalten. Dort sind die Dinge festgehalten.

Über den Bund an sich kann ich berichten, daß er sich bewährt hat. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Vorstand war immer gut. Das will ich hervorheben. Die Schaffung des Bundes war eine Tat, die ihre volle Rechtfertigung gefunden hat. Was bei der Gründung als Zweck erschien, hat sich vorzüglich bewährt. Wohl ist es mit manchem noch nicht so geworden, wie es erdacht war, aber wir können zufrieden sein. Z. B. sind die Tüpler noch nicht bei uns. Die da wieder geführten Verhandlungen hatten keinen Erfolg. Wir wollen darüber keine großen Erwartungen hegen und diese Dinge der Zeit überlassen. Wir wollen nur zum Ausdruck bringen, daß das Ansehen des Bundes in dieser Hinsicht aufrecht erhalten wird.

Die Zusammenarbeit im Bunde war freundschaftlich gehalten. Wir haben uns alle in die gemeinsame Arbeit eingelassen. Die Mitgliederzahl im Bunde allein ist auf über 2000 gewachsen. In den Lohnbewegungen und Kämpfen hat der Bund stets die Mittel gefunden und hat recht gute Erfolge erzielt. Die Besondereinstellungen vor einigen Jahren haben darüber ihr Zeugnis abgelegt und auch das zum Keramischen Bunde beigetragen. Die Bilanz des Keramischen Bundes war ein guter Fortschritt. Die Bundeskonferenz hat auch das Bestehen des Gewerkschaftsverbandes bestätigt und festgelegt, daß das Verhältnis zum Vorstand durchaus gut war. Das gute Resultat, das durch die Verschmelzung erzielt wurde, haben selbst Mitglieder nicht erwartet. Es ist besser gewesen, als es erwartet war.

Der Vorstand hat in seiner Erklärung das günstige Wirken der Zusammenarbeit anerkannt. Er hat uns eine Erklärung vorgelegt in der Richtung, in der das Verhältnis einwandfrei liegen soll. Es ist noch nötig, ich sollte, gibt die Erklärung jedoch ganz ein Verständnis zu vermeiden. Die beiden Vertragsparteien sind an die Verhandlungen gebunden. Keine Seite kann von sich aus das bestehende Recht ändern. Wir wollen aber, es gibt kein hartes, unänderliches Recht, gibt es dies, kann man es nicht ändern. Die Verhandlungen sind einseitig und von den Verhandlungsbedingten selbstständig abzuweichen ist ausgeschlossen. Wenn nun das Bestehende den neuen Verhandlungsbedingungen angepaßt werden. Dann ist den neuen Umständen Rechnung zu tragen. Diese allgemeine Auffassung ist auch bei der Bundeskonferenz anerkannt worden und ich hoffe, daß sie auch vom Verbandstag anerkannt wird. Sie muß Gemeinplatz aller Mitglieder werden. Darauf wollen wir praktisch aufbauen und prüfen, sowie allen neuen Anforderungen Rechnung tragen. Neue Vertragsbedingungen zu schaffen, wird wohl einmal notwendig werden, wenn sich die Dinge ändern. Ich bin der Meinung, daß durch den bestehenden Vertrag die Schwierigkeiten abgemildert werden. Aber alle werden wir sie nicht

überwinden können. Es blieb ja auch bei der Verschmelzung manches ungelöst und unberücksichtigt. An dem gegenseitigen Vertrauen wird festgehalten werden müssen. Wer den Bund will, muß ihm sein Leben lassen. Die auf ihn gestellten Voraussetzungen haben sich erfüllt. Das legt voraus, daß wir weiterhin für die notwendige Verständigung uns einleihen müssen. Wir müssen einander zu verstehen suchen. Wir haben die Interessen aller unserer Kollegen zu beachten und zu wahren. Das Geben des Ganzen muß uns oberstes Geiz sein. Darauf kann der Gesamtverband jederzeit auf die Mitarbeit und Unterstützung des Bundes rechnen.

Kassenbericht

Der Kollege Köhler verlas in seinen mündlichen Ausführungen auf das allererste Zahlenmaterial im Jahrbuch. Persönlich erläuterte er dazu noch folgendes: Auf dem Verbandstage in Leipzig habe ich vor einer Erhöhung der Unterhaltungen gewarnt, da vorauszu sehen war, daß die Arbeitslosigkeit größer werden wird. Ich sah voraus, daß dadurch nicht nur höhere Ausgaben sich ergeben, sondern daß vor allem die Einnahmen zurückbleiben werden. Nach einem halben Jahr kam dann der Chemielampf und die Wirtschaftskrise. Dadurch wurden unsere Mittel fast aufgebraucht. Wir mußten deshalb Extrabeiträge anschieben. Eine Unterstützungsminde rung wurde nicht vorgenommen, da daraus größere Nachteile entstanden wären. Vor allem wären Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß ein Teil Mitglieder schon ausgesteuert war und ein Teil zur Hälfte ihre regelrechte Unterstützung schon in Anspruch genommen hatte. Die nun neu hinzukommenden Arbeitslosen hätten sich darauf berufen können, daß ja die anderen ihre volle Unterstützung bekommen haben, sie dagegen Schwierigkeiten hinnehmen müßten. Das ist vermieden worden. Die großen Anforderungen haben aber dazu geführt, daß Extrabeiträge ausgeschrieben werden mußten. Wie unangenehm das für die Mitglieder ist, war dem Vorstand bekannt. Da aber der andere Weg zu beschreiten schwerer gewesen wäre, wurde dieser begangen und es hat sich dann herausgestellt, daß es der gerechtere war.

In der Berichtzeit haben sich unsere Finanzen ganz gut erholt. Wir stehen günstig da. Unsere Einnahmen sind gestiegen und die Vermögensbildung hat sich in aufsteigender Linie entwickelt. Wenn unsere Einnahmen im Jahre 1924 noch 5.495.000 RM betrugen, so stiegen sie im Jahre 1925 auf 8.615.000, im Jahre 1926 auf 11.442.000 und im Jahre 1927 auf 14.647.000 RM. Selbstverständlich auch unsere Ausgaben. Sie betrugen 1924: 4.850.000 und 1927: 12.764.000. Die Vermögensbildung ging so vor sich, daß 1924 696.000 RM ausgewiesen, 1925: 1.605.000 RM in Rechnung gestellt wurden. 1926 war die Summe auf 2.737.000, 1927 auf 5.616.000 und am 30. Juni 1928 bereits auf 6.750.000 RM gestiegen, gegen 3.860.000 im Jahre 1923. Im Juni 1928 ergielten wir die gleiche Summe Vermögensbestand auf ein Mitglied wie 1913. Wir müssen aber berücksichtigen, daß die Finanzkraft der Summe nicht mehr die gleiche ist wie 1913. Die Vermögensbildung befriedigt noch nicht, wir können aber trotzdem stolz darauf sein, daß die Folgen der Inflation so schnell ausgeglichen werden konnten. Wir freuen uns, daß daran unsere Funktionäre, Vertriebsräte, Zahlstellenleitungen und Gauleitungen erfreulicherweise stark mitgearbeitet haben. Unser Verband kann sich mit seinen Leistungen sehen lassen.

Für Kampfwende wurde in den Berichtsjahren, mit Ausnahme von 1926, weit mehr aufgewendet als 1913. Ich muß zum Ausdruck bringen, daß unsere Unterhändler bei den Tarif- und Lohnbewegungen so gearbeitet haben, daß wir damit zufrieden sein können. In der Beitragsleistung ist eine Besserung unerkennbar. Sie darf jedoch noch nicht befriedigen. Die Satzungen müssen in dieser Hinsicht noch besser erfüllt werden. In der Verwaltungsbauarbeit ist eine Besserung eingetreten. Das Streben nach Rüstfertigkeit machte sich bemerkbar. Das trägt selbstverständlich zur Leistungsabgabe unseres Verbandes bei. Wenn infolge der Verschmelzung in einzelnen Gauen einige Büros noch mit Kräften überlastet sind, so läßt sich das in Zukunft auch zum Wohle der Organisation ändern.

Unsere 32 Hausgrundstücke sind mit 1.057.800 RM eingelegt. Ihr Wert ist höher. Superheben und Aufwertungsbestände sind zu ihrem vollen Werte eingelegt. Wir haben Verteilungen und Anteile bei den sozialen Baubetrieben, der Volksfürsorge, der Feuerversicherung „Eigenhilfe“, der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten und den Lindear-Jahreswärtchen. Die Anteile stehen mit 400.000 RM zu Buche. Bei der Verlage unserer Papiere mußten wir darauf sehen, daß sie eine gute Rendite abwarfen. Die Zahlstellen haben die Pflicht, bei ihrem Geldverstehe die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten mehr zu berücksichtigen als bisher. Unsere Gelder sind so angelegt, daß ein Drittel in Hausgrundstücken, ein Drittel in Effekten, ein Drittel in Beteiligungen und zwei Drittel in Geld angelegt sind.

Wir können jederzeit allen an uns herantretenden Anforderungen gerecht werden.

Unsere Postaffären haben sich ebenfalls günstig entwickelt. Sie hatten im Jahre 1927 einen Bestand von 1.575.000 RM. Unser Gesamtvermögen beträgt somit 7 Millionen RM. Ich halte es auch für meine Pflicht, die weniger günstige wirtschaftlichen Zahlstellen auf die statutarischen Vorschriften hinzuweisen. Vernicht ist auch am Plage, wo Zahlstellen Vorausschüsse in festpfeiligen Dingen unterziehen, woraus eine dauernde Belastung für die Zahlstelle sich ergeben kann. Es ist in mehreren Fällen beim A. D. G. V. schon Einspruch dagegen erhoben worden und wenn weitere Anträge auf Beihilfe an den Vorstandsvorstand kommen sollten, müssen sie abgelehnt werden.

Wir wollen unsere finanzielle Stellung weiter ausbauen und erweitern, damit unsere Leistungsfähigkeit steigen zum Wohle des gesamten Verbandes. Wir haben alle Ursache, an dem Ausbau tatkräftig zu arbeiten, weil die Unternehmer das Bestreben haben, uns in der nächsten Zukunft besondere wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bereiten.

Reaktionsberichte

Der Kollege Köhler berichtete der Redaktion des „Proletarier“, Kollege Prüß, über seine Tätigkeit. Aus seinen Ausführungen ist hervorzuheben, daß die letzte Berichtsperiode die größten Schwankungen des Auf und Nieder erkennen ließ. In den Jahren vorher. Der „Proletarier“ Nr. 1 im Jahre 1925 erreichte eine Auflage von 364.000, Nr. 1 vom Jahre 1926 von 364.000 und die vom Jahre 1927 von 267.000. Im 2. und 3. Jahrest 1928 trat eine weitere Steigerung ein. Wegen meiner Tätigkeit bekam ich mancherlei Zuschriften. Die Opposition, teils mit, teils ohne Unterschrift. Sie waren nicht besonders liebenswürdig gehalten, aber ein bestimmtes Merkmal ging daraus hervor. Der alte Esen war nicht mehr in ihnen zu finden. In persönlichen Zuschriften wurde verlangt, daß der „Proletarier“ nicht so wirtschaftsdemokratisch schreiben soll. Das könne aber nicht getan werden. Der Klassenkampf kann nicht darin bestehen, unverständliche Schlagwörter herauszuwerfen, sondern praktische Arbeit zu leisten. Das Aufsichteten jener Seite zeigt uns, daß sie nicht mit der Entwicklungsgedachte geht. Erfolg ist nur auf unserer Seite zu verzeichnen. Letzte Zeit hehr nach dem die Anträge, die zu den Verbandsorganen gestellt worden sind. Aus dem Verlauf der bisherigen Verbandstage geht hervor, daß die Opposition eine immer trostlosere Mißstimmung wird, und es wird bald wieder so weit sein, daß sie in dieser Zeit auf den nächsten Verbandstagen überhaupt nicht mehr vertreten sein wird. Die Verbandsorgane treiben keine Parteipolitik. Wenn aber versucht wird, die Politikisierung der Gewerkschaften von der kommunistischen Partei aus zu betreiben, dann wenden sich die Verbandsblätter dagegen. Wenn diese bei großen politischen Anlässen sich für die Sozialdemokratische Partei einsehen, dann deshalb, weil nur diese für die Forderungen der Gewerkschaften wirkt, das ist keine Parteipolitik, sondern im Sinne unserer Satzungen geübt und gebündelt.

Kollege Nenninger erwähnte in seinem Bericht als Redakteur des „Keramischen Bundes“. Die Gewerkschaften in Deutschland entwickeln sich erfreulicherweise immer mehr zu starken Machtpositionen der Arbeiterklasse. Mit der zunehmenden, öffentlichen Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation als Wirtschaftsfaktor wachsen auch deren Aufgaben und Verantwortung. Ein Spiegelbild von dem Umfang und der Größe der Aufgabengebiete bietet uns die Gewerkschaftspresse, die im Jahre 1927 eine Auflage von 11 424 000 Stück erreichte gegen 2 824 000 im Jahre 1910. Aber nicht nur dem Umfang nach hat sich die Gewerkschaftspresse verbessert, sondern auch dem Inhalte nach. Sie ist vielfältiger und lebendiger geworden. Sie mußte sich damit der allgemeinen Entwicklung im Zeitungsweien anpassen.

Der „Keramische Bund“ ist ein Verbandsblatt des Fabrikarbeiterverbandes. Er ist auch das jüngste Organ unter den Gewerkschaftszeitungen, steht aber seiner Auflage nach mit unter den größten und zwar an 9. Stelle. Er ist erst zwei Jahre alt und schon soll ihm der Heraus gemacht werden, wenigstens wünschen das eine Anzahl Antragsteller in Anträgen zum Verbandstag. Es wird nicht nach deren Wünschen entschieden werden. Der „Keramische Bund“ versucht aber nicht, sich ein Starrköpfigkeit zu behaupten, sondern, weil er notwendig ist, weil die Organisationsformen des Keramischen Bundes das Erscheinen des Blattes bedingen. Der „Keramische Bund“ war vor 2 Jahren eine Verschmelzungsbedingung mit. Er trat an Stelle des „Fuchsgenossen“ und der „Ameise“, der Organe des ehemaligen Glas- und Porzellanarbeiterverbandes. Er muß also diese und für unsere Kollegen der groberamischen Branchen „Proletarier“ soweit es möglich ist, ersetzen. Wenn ein Teil Kollegen nicht ganz mit dem Umfange der Brandenteile zufrieden ist, so läßt sich darin leider keine Abänderung treffen.

Aus der Entwicklung des „Keramischen Bundes“ geht hervor, daß er bei der Verschmelzung im August 1926 eine Auflage von 163 500 hatte. In den Wintermonaten ging sie um 1 000 zurück. Da trat eine Steigerung ein, so daß am 1. Geburtsstag des „Keramischen Bundes“ eine Auflage von 200 000 erreicht werden konnte. Wieder brachte der Herbst einen kleinen Rückgang, aber schon im Januar 1928 setzte ein weiterer Aufstieg ein, der gegenwärtig noch anhält. Im Juli war eine Auflage von 235 000 erreicht. Vergleiche mit den Mitgliederzahlen lassen erkennen, daß die Auslandsziffern mit der Wirklichkeit übereinstimmen. So zufrieden ich mit der Entwicklung einverstanden bin, so unzufrieden bin ich mit der Mitarbeit aus Kollegenkreisen. Unter Mitarbeit verstehe ich, daß über einschneidende Änderungen in den Betrieben, z. B. über Aufstellung Handarbeit (parender Maschinen in allen Industriezweigen berichtet wird. Weiter über Auswirkung und Änderungen der Arbeitszeit. Desgleichen ist es notwendig, über die hundertfach geleistete wertvolle Gewerkschaftsarbeit bei Verhandlungen und Lohnabschlüssen zu berichten. Vor allem muß kurz, wahrheitsgemäß und sofort berichtet werden. Weiter sind aber auch Hinweise über die Lebenslage der Arbeiterklasse, über Kämpfe und sonstige wichtige Begebenheiten willkommen. Der „Keramische Bund“ muß mehr als bisher ein Spiegelbild über das Denken, Fühlen, Handeln unserer Kollegen sein. Wir müssen das und von unseren Kämpfen. Das muß deshalb geschehen, damit eine präzisere Lebendigkeit erzielt wird. Es müssen daraus Anregungen für die Kollegenschaft erwachsen, die diese vorwärts drängen. Unser Verbandsleben soll damit fruchtbringend gestaltet werden.

Die Zieglerkollegen mache ich darauf aufmerksam, daß es auch angebracht wäre, wenn von ihnen und den anderen groberamischen Branchen der Arbeitsmarkt im „Keramischen Bund“ benützt und ausgebaut würde. Damit soll die Bedeutung des Bundesblattes nach dieser Richtung gehoben werden. Ich bedarf der Unterstützung und der Mithilfe der Kollegenschaft in den Zahlstellen im höchsten Maße und wünsche, daß die Mitarbeit eine bessere wird.

In Klagen und Beschwerden hat die Tätigkeit der Redaktion keinen Anlaß gegeben. Wenn von den unruhigen Protesten der sogenannten Opposition abgesehen wird. Der „Keramische Bund“ hat die Aufgabe für die Anwartsentwicklung des Verbandes und für den Aufstieg der Arbeiterklasse insgesamt zu wirken. Er wird das mit Unterstützung der Kollegenschaft in vollstem Maße auch in der Zukunft tun.

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Der Kollege Kühn-Waldenburg sprach für die Mandatsprüfungskommission und gab bekannt, daß nach ihren Feststellungen 28 Kollegen und Kolleginnen vertreten sind. Darunter sind 109 Delegierte (4 Kolleginnen), 1 Vertreter des Verbandsauschusses, 16 Vertreter des Vorstandes, 9 des Keramischen Bundes, 26 Gauleiter, 1 vom Haupttarifamt Chemie und 1 vom Haupttarifamt für die Papier-Industrie. Einspruch gegen die Wahl von Delegierten wurde in einem Falle erhoben. Er mußte aber abgelehnt werden. Alle Mandate sind als gültig zu erklären.

Diskussion

Die Diskussion der Berichte war sehr umfangreich und nahm geraume Zeit in Anspruch. Viel Neben kamen dabei zum Vort. Vor allem gab sich die sogenannte Opposition, so schwach sie auch war, erhebliche Mühe, allesfallig zu erscheinen. Über den Erfolg war gleich Null. Ihr schiffe der Schwung. Sie war flügellos. Große Ideen wurden von ihr nicht mehr verfochten. Das meiste war Phrasen und Verteilung. Es war kein Resonanzboden vorhanden. In der letzten Zeit hat man ja so schon die Wahrnehmung gemacht, daß sie überhaupt nur noch auftreten kann, wenn sie sich in größeren Massen vereinigt. Was sie sagte, ist nicht von Belang, es sind die gleichen Gesichtspunkte, die sie nun an die 10 Jahre immer wieder hervorheben, aber keine Erfolge damit erzielen konnten. Sie protestieren, um zu protestieren. Als ihre Neben können bezeichnet werden Werner-Stutgard, Wöllmer-Wittenberg, Weigandt-Penig, Krause-Bitterfeld, Michaelis-Eilenburg.

Von den Kollegen, die sich gewerkschaftlich zu den Vorstands- und anderen Berichten äußerten — es waren: Stübler-Gannover, Schmidt-Gannover, Bulle-Dröden, Schallman-Charlottenburg, Niebauer-Darmstadt, Schneidher-Orfurt, Kämmer-Berlin, Geiger-Weilbrunn, Kwig-Köln, Lange-Weißwasser, Wagner-Weiden, Kühn-Waldenburg, Jammert-Gannover, Vöhrle-Charlottenburg, Müller-Langenan, Weigand-Penig, Arakse-Witterfeld, Thiemig-Gannover — andere wurden durch die Annahme eines Antrages auf Schluß der Debatte am Reden verhindert — wurde der Opposition sehr viel von ihrem Wirken gegen die Gewerkschaften aus allen Teilen des Reiches entgegengehalten. Gemeine und Erfolge lassen sich nicht durch Schlagworte aus der Welt schaffen, sie sind da, deshalb werden sie die darauf zielenden Ausführungen vieler Diskussionsredner auch vollste Anerkennung des Verbandstages. Ein Teil der Kollegen, die zur Diskussion sprachen, haben Hinweise und Anregungen zu verschiedenen Anträgen. Andere wiesen auf die wichtige Begebenheiten und Erfahrungen in ihren Bezirken hin. Alles in allem konnte man feststellen, daß die überaus hohe Zahl der Diskussionsredner mit den Vorstandsberichten einverstanden war. Aus ihren Ausführungen kann das Bekenntnis, daß der Verband in diesem Sinne und in der Weise weiterarbeiten muß, wie in den Vorstandsberichten zum Ausdruck gekommen ist.

Als besonders wollen wir noch die Ausführungen der Kollegin Jammert bezeichnen, die sie für die Frauenbewegung in unserem Verband machte. Sie gab einen kurzen Überblick über ihre Tätigkeit, forderte zur regen Mitarbeit in der Agitation auf und begründete einen Antrag, Reichsfrauenkongressen zu veranstalten. In seinem Schlusswort gab der Kollege Bryn am Dienstauftrag den Diskussionsrednern, soweit es notwendig war:

antwort. Zu Beginn seiner Ausführungen kam er auf das Explosionsunfall im Kreis Welfungen zu sprechen, wo sechs Hirsarbeitskollegen den Tod fanden. Die Verammlung ehrte die Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Kollege Brey sprach in diesem Zusammenhang die Mahnung aus, noch mehr als bisher für die Durchführung der Arbeiterbestimmungen einzutreten. Im übrigen waren die Auseinandersetzungen des Kollegen Brey mit der Opposition eine treffende Abrechnung. Nur möchten wir bezweifeln, daß sie dort auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Besonders ging aus den Abstimmungen zu den Resolutionen der Vorstandsberichte und aus der Erledigung der Anträge hervor, wie einmütig und geschlossen der Verbandstag die Haltung und die Tätigkeit des Vorstandes sowie der beiden Verbandsvorlagen unterstützte.

Die Anträge Altenburg, Darmstadt, Eisenberg, Gause 6 und 13, Königberg, Rinteln (Wefer), Rechenburg, Schweinitz, Weiden, Weiden, Rechenburg, Weiden, Rechenburg, Bielefeld, Sebnitz, Staffurt, Tilsit, Weiden, Weiden, Gause 6 und 13, wie sie in Nr. 24 des „R. W.“ zum Punkt 2 der Tagesordnung veröffentlicht wurden, wurden zurückgezogen, die von Höchst a. M., Iphoe, Königberg, Bad Lausitz, Solingen, Stuttgart, Stolberg, Belten und Waldheim i. Sa. schon von der Statutenberatungskommission abgelehnt, die übrigen bleiben dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiehen.

Entschlieung.

Der 16. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands erkennt die Tätigkeit der Mitglieder des Hauptverbandes, einschließlich dessen Führung und Leitung des „Keramischen Bundes“ an und spricht ihnen das Vertrauen aus.

Die namentliche Abstimmung darüber ergab, daß 180 Delegierte mit „Ja“ stimmten, 4 mit „Nein“ (Höllner, Bläser, Schenk und Berner), 30 haben sich enthalten (Vorstandsmitglieder und Vertreter des „Keramischen Bundes“), nicht abgestimmt haben 13, 1 Stimme war ungültig.

Die Entschlieung.

Der Verbandstag betont die Notwendigkeit der stärkeren Heranziehung unserer weiblichen Mitglieder zu den Verbandsfunktionen, insbesondere zur Werbetätigkeit unter den Arbeiterinnen selbst und beauftragt den Vorstand, in der Zusammenfassung der Kolleginnen in den einzelnen Bezirken fortzufahren.

Nach Prüfung der Ergebnisse hat der Vorstand zu erwägen, ob und wann eine Reichskonferenz der Kolleginnen erforderlich ist.

wurde einstimmig angenommen.

Die Entschlieung zu den Vorstandsberichten und den Berichten der Rebakture hat folgenden Wortlaut:

Der 16. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands begrüßt die Verschmelzung der Verbände der Porzellanarbeiter und Glasarbeiter mit dem Verbande der Fabrikarbeiter.

Er stellt fest, daß durch diese Verschmelzung die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder wirksam gewahrt werden konnten.

Der Verbandstag fordert alle Berufscollegen auf, zur noch wirksameren Vertretung der Rechte und Interessen der Kollegen beizutragen dadurch,

- a) daß die Organisation einen größeren Kreis der Berufscollegen umfaßt;
- b) daß die Gleichgültigen, die heute die Arbeiten der Organisation mit geringem, ohne selbst zur Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen das geringste zu tun, als Mitglieder sich in die Kampforganisation einreihen.

Die Kosten der Gesamtlebenshaltung sind von 130,8 im Januar 1926 auf 150,7 im April 1928 gestiegen.

Durch diese Steigerung der Lebenshaltungskosten ist der durch Kampf erungene Anteil der Arbeiter an Ertrage der Arbeit beschränkt worden. Ein angemessener Anteil am Arbeitsertrage ist nicht nur erforderlich im Hinblick auf eine gute Lebenshaltung der Arbeiter, sondern auch die Voraussetzung für den inneren Aufbau der gesamten Wirtschaft.

In Abrechnung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erschöpft sich der Kampf für die Interessen unserer Berufscollegen nicht. Es ist Aufgabe des Verbandes, bei der Lösung der Fragen mitzuwirken, die eine völlig gleichberechtigte Stellung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft anstreben und zu einer besseren Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit führen.

Diese Ziele sind durch den Machteinfluß des Verbandes allein nicht erreichbar; er muß mitwirken in der einigen geschlossenen Arbeiterklasse.

Aber zur geistigen Vorbereitung der Berufscollegen zu diesen Zielen kann der Verband ersprießliche Vorarbeit leisten. Der Verbandstag erkennt an, daß der Inhalt der Verbandsorgane, „Proletarier“ und „Keramischer Bund“, sowie die publizistischen Veröffentlichungen des Literarisch-Statistischen Büros und die Aufklärungsarbeiten auf arbeitsrechtlichen Gebieten der gedachten Vorarbeit in hohem Maße gerecht geworden sind, und spricht den auf vorbenannten Gebieten tätigen Kollegen Dank und Vertrauen aus.

Der Verbandstag erblickt nach wie vor die Aufgaben des Verbandes in der Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und deren Festigung und Verteidigung durch Abschluß kollektiver Arbeitsverträge, wie er sich auch für die Erämpfung eines weitgehenden Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter in der Erzeugung und für eine wirksame Betriebsver-

tretung unter gesicherter Tätigkeit der erwähnten Vertreter einsehen wird.

Als nächstes Ziel gemeinsamer Tätigkeit erklärt der Verbandstag:

Ausbau der Krüsenfürsorge in der Arbeitslosenversicherung

Sorge für die älteren Arbeiter, die, wenn sie die Schwelle des 40. Lebensjahres überschritten haben, bei dem Stande der Technisierung und Mechanisierung Arbeit nicht finden;

Schaffung eines sozialen einheitlichen Arbeitsrechts nach der Verfassung (Artikel 137 bis 165);

Ausbau der Arbeitsrechtsaufsicht;

Besserstellung der Versicherten in der Invalidenversicherung sowie Vereinheitlichung und Vereinfachung der Sozialversicherung;

Ausbau des Arbeiterschutzes und insbesondere strafrechtlichen Schutzes der Arbeitskraft;

weitere und sichere Erfassung der Berufskrankheiten als Unfallfolgen;

Achtstundentag als Höchstgrenze mit Abstrafungen nach unten, je nach Schwere und Gefährlichkeit der Arbeit; wirksamen Heimarbeiterschutz.

Die Auffassung, daß diese programmatischen Arbeiten reformistisch, d. h. der Arbeiterklasse nicht dienlich seien, ihren Befreiungskampf hindern oder hinauszögern, lehnt der Verbandstag als illusionär und arbeiterschädigend ab.

August Brey, Georg Wollmann.

Die überarrote Mehrheit des Verbandstages gab auch dazu ihre Zustimmung gegen 8 Stimmen. (Fortsetzung folgt.)

An der Schwelle der Erkenntnis?

„Die große Entdeckung der letzten Periode der kapitalistischen Grokwirtschaft war die Entdeckung des Arbeiters als Konsumenten“ — meint Felix Rinner, ein bekannter demokratischer Wirtschaftsschriftsteller. Da fragt man sich erstaunt, wann denn das deutsche Unternehmertum diese große Entdeckung gemacht habe, die für die Gewerkschaften schon lange keine Neuigkeit mehr ist. Auch das verrät uns Rinner: noch gar nicht. Aber das deutsche Unternehmertum habe sich allgemach bis an die Schwelle dieser Erkenntnis vorgearbeitet.

Die Vereinigten Staaten haben es besser. „Lebt nicht der große amerikanische Wohlstand geradezu von jener Entdeckung des Arbeiters als Konsumenten, und hat die Bewegung, die dazu führt, diese Erkenntnis zu organisieren und fruchtbar zu machen, irgendwo sonst in der Welt einen so hohen Reifeegrad erreicht, wie in diesem Lande?“ — fragt Rinner. Armes Deutschland, wie weit bist du wieder einmal hinten dran!

Zimmerhin, man soll nicht alle Hoffnungen fahren lassen. „Es gibt ja“ — sagt Rinner — „nur noch wenige rückständige Schichten des Unternehmertums, die von dieser Erkenntnis noch gar keinen Hauch verspürt haben.“ Wie wenig, oder leider besser, wie viel es noch „rückständige Unternehmer“ gibt, weiß jeder Arbeiter aus seiner Erfahrung zu beurteilen.

Was nützt aber die schönste Erkenntnis, die hier und da in einem Unternehmeregehirn dämmert, wenn sie Erkenntnis bleibt, und nicht zur Tat wird — wenn, wie Rinner mit unfreiwilligem Humor sagt — die Unternehmer nur „wenigstens in der Theorie“ anerkennen, daß ohne stetige Stärkung der Massenkaufkraft eine kräftige Fortentwicklung der Produktion unmöglich ist. Wenn es zu handeln gilt, wird auch von den fortschrittlichsten Unternehmern die „Theorie“ eingepackt und in die Ecke gestellt. Der „rückständige“ Unternehmer hat überhaupt keine Theorie, keinen Hauch der Erkenntnis, und braucht sich darum auch keine Mühe zu geben, sie im praktischen Fall zu vergessen. Er wirtschaftet unentwegt nach der Grok- väterweisheit weiter: niedriger Lohn, lange Arbeitszeit, keine „verwechsellichende“ soziale Fürsorge — das ist der Weg zum wirtschaftlichen Aufstieg. Einer dieser Nachjäger des Fortschrittes, Bergwerksdirektor Brandt, brachte es kürzlich fertig auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Fachgruppe Verarbeit, zu fordern: „Es müssen freie Arbeiter geschlossen werden, die nicht gebunden durch Tarifverträge, Arbeitszeitabkommen, Gewerkschaften und dergleichen über sich verfügen können; die im Interesse ihrer Familie Ueberarbeit leisten dürfen, wann, wo und wieviel sie wollen, damit wieder eine „Auslese der Tüchtigen“ erfolgen könne, und für jeden Arbeiter der Weg zum Generaldirektorposten frei werde.“ Man wird von einem „Wirtschaftsführer“ wie Brandt, der mit allen Kräften nach „hinten“ führt, schwerlich behaupten können, daß er vor der Schwelle irgendeiner Erkenntnis stehe. Brandt ist dabei nicht einmal eine Ausnahme, die nur die Regel von dem tüchtigen und fortschrittlich geantenen Unternehmer bestätigen würde, sondern leider eine führende Stimme in dem Kongressquartier, das dem neuen Reichstag zu Ehren vom Unternehmertum veranstaltet wurde. Wir wissen, daß wir von der überwiegenden Mehrheit des Unternehmertums nicht einmal den guten Willen zum wirtschaftlichen Fortschritt voraussetzen dürfen, denn jeder Schritt nach vorn ist ein Schritt zu unserem Ziel, der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Aber wie kommt es, daß selbst einmütige und wohlgeantene Unternehmer den Aufbau der kapitalistischen Wirtschaftspolitik mitmachen? Die „Volkswirtschaft“ von heute ist eigentlich nur ein wirrer Dausen von Privatwirtschaften. Die einzelnen Unternehmungen sind kaumwännlich selbständig oder nur zu Wirtschaftszweigen zusammengefaßt, die niemand verantwortlich sind. Jede einzelne Gruppe dient nicht in erster Linie als ein Glied oder Organ dem Ganzen, sondern

sich selbst, auch auf Kosten der anderen Glieder. Und das ganze Gebäude der kapitalistischen Wirtschaft ist dazu auf dem ungesunden Boden der Ausbeutung der Arbeit errichtet.

Unter diesen Verhältnissen kann sich eine vernünftige Wirtschaftspolitik nur unter den größten Schwierigkeiten durchsetzen. Was nützt die Erkenntnis, daß die Produktionsfähigkeit der Wirtschaft viel größer ist als ihre Ausnutzung, daß die produktive Kraft nur durch die Hebung des Ablasses entfesselt werden kann, und daß die Hebung des Ablasses wirksam nur durch eine allgemeine Erhöhung des Lohnniveaus erreicht werden kann — wenn die „wilde“ kapitalistische Wirtschaft mit kurzfristige privatwirtschaftliche Interessen gelten läßt und ein Volkswirtschaftspolitik, die diesen Namen verdient, gar nicht kennt?

Die Unternehmer mögen die Rolle der Kontrakt in der Wirtschaft erkennen, aber sie irren sich mit allen Kräften, die Möglichkeiten aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Jeder Unternehmer oder jede Unternehmerrunde versuchen, die Löhne niedrig zu halten, um die eigenen Gewinne noch weiter einzupreizen — die Sorge für die Hebung der Kaufkraft überlassen sie den anderen. So verhindert die unternehmerrunde Zusammenfassung der Wirtschaft schließlich jede vernünftige Vorkas das heißt Kontraktspolitik. Nur die dem Unternehmertum entgegengesetzten wirtschaftlichen Gruppen, die Gewerkschaften, erzwingen den Fortschritt, sie allein treiben im Grunde die „Volkswirtschaftspolitik“. Darum wäre es auch verfehlt zu erwarten, daß das Unternehmertum jemals freiwillig die Schwelle der Erkenntnis überschreiten werde. Es hat sich dieser Schwelle nur genähert, weil es vor der Arbeitermacht dazu gezwungen wurde, und es wird nur über sie hinwegkommen, wenn es von der Arbeiterkraft den Tritt erhält, der es hinüberbefördert.

Die englischen Gewerkschaften nach dem Kriege.

In den letzten Jahren hatte es häufig den Anschein, als ob zwischen den englischen Gewerkschaften und denen des Festlandes tiefe und unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten beständen. Besonders war es der Verlauf des letzten in Paris getagten internationalen Gewerkschaftskongresses, der die Ansichten dieser Art begünstigte. Man sprach nicht mit Unrecht von einer Krifenatung. Die hier zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten waren so groß, daß der Kongreß über die wichtigsten Organisationsfragen eine Einigung nicht erzielen konnte. Der Grund der Zwietracht lag hauptsächlich in der Behandlung der russischen Frage. Wenn es auch noch andere Probleme gab, die es unteren englischen Fremden ratfam erscheinen ließen, eine von den kontinentalen Gewerkschaften entgegengezielte Stellung einzunehmen. Jedoch wollen wir uns hier nur mit der englischen Stellung zur Russenfrage beschäftigen.

Was war wohl der Stein des Anstoßes zwischen den englischen und den kontinentalen Gewerkschaften? Einestheils wurde durch die Schaffung eines „Anglo-Russischen Beratungskomitees“ der Eindruck erweckt, nur die Engländer seien die wahren Vertreter einer internationalen Einheitsfront und dann wurde der Verwirrung Tor und Tür geöffnet durch den Ruf nach einer sogenannten „bedingungslosen Konferenz zwischen dem IGB und der Moskauer roten Gewerkschaftsinternationale“. Durch Annahme einer so haitlosen Forderung wäre jede wirksame Kontrolle über die Zusammenfassung der Konferenz verloren gegangen, da doch die Russen nicht nur für sich selbst Zustimmung verlaneten, sondern darüber hinaus auch für alle möglichen Organisationsfragen, deren gewerkschaftlicher Charakter recht dunkel ist. Unbegreiflich ist es, daß gerade die Engländer, die sonst stets energig den repräsentativen Charakter gewahrt wissen wollen, solcher Forderung ihre Unterstützung gaben.

Der nun verstorbene Fred Bramley, früherer Sekretär des Generalrats der Gewerkschaften, sagte auf dem Gewerkschaftskongreß von 1925: „Wir haben uns bemüht, die Russen mit der Gewerkschaftsinternationale zu identifizieren, aber es gibt allerdings Schwierigkeiten zu überbrücken. Die Vertreter der russischen Gewerkschaften machten dem IGB den Vorschlag, in eine Beratung über die vorhandenen Gegensätze einzutreten, ehe die Frage des Anschlusses gestellt wird. Der IGB verlangt aber, daß zuerst der Anschluß erfolgen habe, bevor über die inner-Organisation, sowie über grundsätzliche Fragen beaburtet werden könne. Wir sind nun aber der Meinung, daß das eine verkehrte Einstellung ist und werden in Amsterdam hiergegen Protest machen.“

In seiner Begrüßungsansprache auf dem Kongreß betonte Bramley als Vertreter der russischen Gewerkschaften, die Engländer seien die einzigen, die für die internationale Einheitsfront einträten, was eben durch das Anglo-Russische Komitee bewiesen werde. Bekanntlich hat nun der letztjährige Kongreß durch seinen Bruch mit Moskau einen radikalen Frontwechsel vollzogen. Walther Citrine, Sekretär des Generalrats der Gewerkschaften, hat in einer Artikelserie des Labour Magazine, der offiziellen Monatschrift des Generalrats und der Labour Party diesen Frontwechsel eine literarische Begründung gegeben, die verdient, auch an dieser Stelle erwähnt zu werden. Er gibt in diesem bereits im Dezember v. J. begonnenen Aufsätze einen geschichtlichen Ueberblick über die Gegensätze, die die englischen Gewerkschaften von der kontinentalen Gewerkschaftsbewegung trennen. So schrieb er im ersten Artikel:

„Gewiß ist es wahr, im Augenblick, als wir uns großer Liebe zum russischen Velle ein Widrigkeit schufen, schickte es nicht an Warnungen. Man sagte uns, durch solchen Schritt legt ihr euch in des Teufels Riemen.“ Aber für die meisten schien es gar nicht so gefährlich, als man sich dachte. Wir waren

Die Wilden.

Worte: Wo Nartheit rennt umsonst zur Wand, da liegt die Klugheit mit Verstand...

Das ist ein Ereignis für die Kleinstädter. Droben hinter den alten Stadtmauern bauen sie eine große Fabrik. Leute werden schon jetzt eingestellt. Das gibt ein buntes Durcheinander von Fabrikanten. Berufslose werden angeleitet. Handwerker, die ihren Beruf an den Nagel hängen, weil er keine Dauer hat das Jahr durch, fulteln um und stellen sich an dem dampfgetriebenen Werkzeug, um in der Spiegelglasveredelung irgendeine Teilarbeit im Stundenlohn zu erlernen. Später, wenn sie im Afford schreiten können, wird ein schöner Wagen Geld verdient, sagt man so rum.

Der Schusterjudele aus dem Schwablande ist also jetzt ein Hinzupolierer, der sächsische Webergefelle schleift edig, der eingeborene Bäckerhaus lernt ovalschleifen und ovalschleifen und der Münchener Bäcker magel, der das Wasserpannschen gewohnt ist, wird Edigler. Aber, wer über schon irgendwas mit Politur machen kann, sei es auf Metall, Holz oder Bein, der kommt zu den Polierern.

In diesem bunten Dausen von Handwerksleuten gibt ein Stamm wirklicher Glasschleifer, die es schon jung gelernt haben wollen das Schleifen, den Ton an. Es sind lerntige Burschen, dabei, unwüchsig sind sie noch, wie alles aus ihrer Heimat zwischen Wäldern und Gebirgsfetten. Dabei haben die Deutschen sehr viel von jenen „Untertanen“, denen schon von Kindesbeinen an das profingebilligte Wort eingebläut wird: Wer knecht ist, soll knecht bleiben.

So gutmütig diese halbwitigen Kulturmenschen ihren Herrcn gegenüber sind, so blindwütig können sie einem rabiaten Kolleg gegenüber sein, weil eben ein Buckel voll sauber hingekelter Prügel zum Leben gehört, wie ein Dupend Köcher im Schädel, um feinharten, zu einer richtiggebenden Bauernkirchweih.

Der Leiter dieser etwas sehr gemischten Betriebsangelegenheit ist selber einer von dahinten ranf. Stark ist er in Worten und Taten. Drum wird er bald als „Der starke August“ betitelt. Mit Recht. Denn, was „ED“ heßt, das hält. Solche, die sich etwas gar übermäßig bei irgendeiner Gelegenheit ihrer Haut wehren, die gar nicht gefährdet ist, die gelten ihren Vagen beim Gustl. In die Hände klaut er mit befalliger Grimasse, weil der kleine, stämmige Bursche den boumlangen, schreiblenbüren Kupfer glatt hingelagt hat während der Beisprechung. Und ein fideles — aber sehr bildrommer — Herr steckt im starken Gustl. Nach einer bierhastköpfigen Sitzung, lange nach Mitternacht, zeigt er, der Starke, seinen Partellbrüdern und Sangesgenossen, wie man während einer sommerlichen Freimacht im freien Burschebaum schläut. Dabei entrollen dem Burschebaumkünstler die Ise im Seitenack verstanten Taler und Meterstücke bis auf wenige. Das meiste haben sich die parzelbaumschlagenden Fremderl, die des August Neffkuriercher, in der frühen Sommernacht zu Gemüte gezogen. Und keiner hat sich dabei erküht.

Unterdesen wird eine frühere Wühle umgacht in ein Wasserwerk für Glasveredelung. In bezug auf das Personal vollieht sich hier die Sache ähnlich wie im dampfgetriebenen Grokwerk. Aber ein Unterschied ist doch da. Die im Grokwerk wollen nichts mit einer organisierten Selbsthilfe der Arbeiter zu tun haben, vor allem wollen sie nichts von einem Verband wissen. Sie alle sind ihrem „starken August“ weisensverwandt. Der Spruch gilt: ein richtiger Kerl wehrt sich, haut fest um sich... zu was braucht man da an Verband?

Der Gustl aber brüllt: „Lauter Sozialfasn, gottloses Gefindel... mir ballen zur Kirche und zur Ordnung, und wer uns was will, Herrgott, da lau mer da, da lau ma wie die Wilden!“ So eine im Soufzustand hingehauene Rede eines solch gewichtigen Mannes, wie der starke August einer ist, so schwerwiegende Sprüchmaderci, die redet sich in der Stadt rum,

halb redet man von Neffenriechers Peuten nur noch mit dem Aniaß „Die Wilden“.

Das incht den Gustl. Am andern morgen grinst ihr irgendein Arbeiter an, den starken August, während er seinen Feldberengung durch die Arbeitsäle macht. Sogleich fährt der Gustl hoch und schreit auf: „Manß, mi laust anstachen, be? Und bevor der Arbeiter recht zum Peuten kommt, hat er ein rechts und eine links in der Nase.“

Die anderen lassen die Köpfe hängen. Nur ein Murrunge: Nützschnjähriger zickelt: „Mir dari sowas net passieren...“ Was willst nachden machen, Panter elendiger? groß der starke August, wird aber lässig im Gesicht, weil der Jung geradezu redet: „An Hammer schlech ich dem an der Schwelber mit so hundsstumpig behandelt...“

Grad will sich der überaus starke Gustl ab... anderer, rischer Betriebsleiter über den jungen Arbeiter befragen und Pfundwaschen aufteilen, da kommt der Neffkuriercher dazu, fällt dem brutalen Dickschiffmeister in den Arm. „Was er aber ein großer Spektakel fertig. Der Herr führt sich und der Gustl will der Stärkere sein. Soweit reicht es, daß er seine aktinacprentelte Gebirgsstippe anzieht und brüllend die Arbeit verläßt.“

Der Fabrikherr verrückt sich in sein Privatkontor. „Da die Wilden für die Stunde berenlos sind, bricht ein Lärm los, und eine halbe Stunde drauf siben die Wilden im Werkhaus. Alles, was bisher verhalten war, bricht durch in heftigsten Werderrungen.“

Also, da ist die ganz hundsgeime Selbsthilfe... das Schikanieren mit der Arbeit... das erdindere Aufschanden... das Prägeland... das Waischen... die harte Behandlung... das alles erlaubt sich der starke August. Wer brüllend, hieraufgepöhl, leuchtend, Schimpfend ballen die Wilden. Wenn der Neffkuriercher wieder in die Fabrik soll, dann bleiben wir draußen.“

doch keine Kommunisten, aber wir glaubten an die Möglich- keit, durch unser Vorgehen eine Brücke zu bauen, die schließlich das Mittel zur Schaffung einer einzigen Internationale der Gewerkschaften werden würde.

Im Schlußartikel sagt Citrine: „Alle diejenigen, die für das Wachstum der Gewerkschaftsbewegung eintreten, haben die Pflicht, Front zu machen gegen die kommunistische Zerstörungspolitik.“

Die meisten, während der Pfingstwoche stattgefundenen Ver- bandstage haben sich eingehend mit den Forderungen der Kom- munisten befaßt und scharfe Maßnahmen gegen die Verant- wortlichen beschlossen. Die Verbandstage der Maschinenbau- er, Kesselschmiede, Fabrikarbeiter, beschloßen, Kommunisten für die Zukunft nicht mehr als Delegierte zu den Gewerk- schaftskongressen, sowie zu den Kongressen der Labour Party ge- wählt werden.

Was beweist dieser Frontwechsel der englischen Gewerkschaf- ten, der in seiner Auswirkung noch schärfer ist als die von deut- schen Gewerkschaften angewandten Maßnahmen? Es ist die Frontrotterklärung der englischen Einheitsfrontpolitik. Die von den deutschen Gewerkschaften trotz aller Aufzündungen befolgte gerade Linie hat sich als die einzig richtige erwiesen und es ist eine Genugtuung für uns als Deutsche zu sehen, wie diese Politik von den Engländern nachgeahmt wird.

Durch die von England vorgenommenen klare Trennungs- linie erhält das Streben nach der Einheitsfront eine nicht maß- zureichende neue Grundlage. Es ist zur Einheit kommt, liegt letzten Endes an Moskau. Wird man dort geneigt sein aus den Fehlern der Veranlassung zu lernen? Hoffen wir es! Je schneller diese Einigung zustande kommt, je besser ist es für das Proletariat aller Länder.

W. Weingarh.

Hausindustrien sind Elendsindustrien.

Es vergeht fast kein Tag, wo man nicht lesen kann, daß Arbeitgeber der Hausindustrie bestraft wurden, weil sie die Tariflöhne nicht einhielten. Wir lassen nachgehend ein sehr beachtenswertes Urteil folgen, wie es ein hayerisches Amts- gericht in einer angestrengten Klageache gefällt hat.

Ausfertigung.

In Sachen Verband der Korbindustriellen, G. m. b. H. in Koburg, vertreten durch den Geschäftsführer Alfred Wähler in Koburg, Antragsteller, Antragsgegner, Klage des Amtsgerichts Koburg durch den Amtsrichter Dr. Kriegl folgende einstweilige Verfügung:

- a) Der Streitwert wird auf 200 RM festgesetzt.
b) Der Firma W. H. W. in Grub a. F. wird unter Androhung von Geldstrafen in unbefristeter Höhe für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung verboten, die Heimarbeiter unter den tariflich festgesetzten Mindestlöhnen zu beschäftigen.
c) Die Kosten des Verfahrens treffen den Antragsteller.

Gründe:

Im Bezirk Koburg besteht seit 20. Oktober 1927 ein für all- gemeinverbindlich erklärter Mindestpreistarifvertrag für Korbin- mel. Im Rahm III dieses Tarifvertrages sind die Mindest-

löhne, die die Arbeitgeber den Arbeitnehmern zu zahlen haben, festgelegt. Diesem Tarifvertrag unterliegt auch der Antrag- gegner als Arbeitgeber. Alfred Wähler, Geschäftsführer des Verbandes der Korbindustriellen, G. m. b. H. in Koburg, und Johann Herzog, Gewerkschaftssekretär in Oberlangensfeld, haben am 15. Februar 1928 durch Stichproben bei etwa zehn Heim- arbeitsstellen festgestellt, daß genannte Firma die im allgemeinver- bindlich erklärten Tarifvertrag vom 12. September 1927, An- hang III, festgelegten Löhne für Heimarbeiter wesentlich unter- schritten hat.

Diese Tatsachen sind auf Grund der von Wähler und Herzog angelegenen eidesstattlichen Versicherungen glaubhaft gemacht. Die Antragstellerin beantragt nun, im Wege der einst- weiligen Verfügung dem Antraggegner das Entschließen der Heim- arbeiter unter dem Tariflohn zu verbieten.

Für die Entscheidung der beantragten Verfügung ist das Amtsgericht, nicht das Arbeitsgericht, zuständig. Es handelt sich nicht um einen Streit der Tarifparteien, sondern um einen Streit der einen Tarifpartei mit ihrem eigenen Mitgliede. § 2, Abs. 1 ArbGG. (Berich-Vollmar, ArbGG. n. 86 zu § 2).

Die von der Antragstellerin glaubhaft gemachte Handlungs- weise der Antraggegnerin dient dem Wettbewerb. Sie verstößt, da sie das Weglocken von Kunden von anderen Arbeitgebern durch Unterbieten der Verkaufspreise von Stoffwaren bezweckt, gegen die guten Sitten.

§ 1 des Wettbewerbsgesetzes. Antraggegner kann auf Un- terlassung dieses Geschäftsgebahrens von der Antragstellerin in Anspruch genommen werden. §§ 1 und 13 i. v. Dieser Anspruch der Antragstellerin gegen Antraggegnerin ist ein Anspruch auf eine der Antraggegnerin der Antragstellerin gegenüber ob- liegende individuelle Leistung und damit ein Anspruch im Sinne des § 25 i. v. e. einstweilige Verfügung erlassen werden. zu deren Erlassung nach 1. v. das Amtsgericht zuständig ist.

Es war daher zu erkennen, wie geschehen! (D. Red.) Kommentar hierzu ist überflüssig; aber sehr gut wäre es für jede Hausindustrie, wenn die Arbeitgeber und Ar- beitnehmer gleichfalls ihre Rechte so wahren würden, wie das der Arbeitgeberverband der Korbindustriellen und die zuständige Gewerkschaft der Arbeitnehmer getan haben.

Ersatzkrankenkassenmitglieder und Arbeitgeber.

Ueber das Verhältnis der Ersatzkrankenkassenmitglieder und der Arbeitgeber bestehen häufig Meinungsverschiedenheiten. Bes- sonders veruchen die Arbeitgeber oft, die Mitglieder der Ersatz- kassen zu überzuteilen. Der eine versucht es so, der andere anders. Darum sollen an dieser Stelle ein paar Worte gesagt werden. Nach § 517 der RVG. haben wir das Recht, von der Mitgliedschaft einer anderen Klasse bereit zu werden, müssen jedoch eine Bescheinigung der Ersatzkasse vorlegen. Die Ersatz- kassen sind verpflichtet, diese Bescheinigungen auszustellen (§ 518). So viel ich weiß, sind bei Ausstellung der Bescheinigungen noch keine Schwierigkeiten gemacht worden. Bringt man bei Ab- gabe der Papiere nicht sofort die Bescheinigung bei, so genügt es, wenn glaubhaft nachgewiesen wird, daß man Mitglied einer Ersatzkasse ist. In diesem Falle muß jedoch innerhalb zwei Wochen die Bescheinigung während der Beschäftigungszeit noch beigebracht, so muß der Arbeitgeber innerhalb drei Tagen (ber- reichlichen Weltzeit, § 317) den Versicherten wieder abmelden. Unterläßt er diese Meldung, so haftet er dem Beschäftigten für den daraus erwachsenen Schaden (§ 519). Auf diese letzte Ver- bindung müssen wir besonders Gewicht legen, weil es schon vorgekommen ist, daß der Arbeitgeber sagte: „Ja, Sie sind sehr einmal angemeldet.“ Aus Bequemlichkeit wollen sie dann die Abmeldung unterlassen. Besonders wichtig ist auch der § 520. Nach ihm hat der Versicherte Anspruch auf den Beitragsanteil des Arbeitgebers, als wenn er in der Ersatzkasse versichert ist. Aus Erfahrung wissen wir, daß gerade diese Bestimmungen um- gangen wird. Es lag aber nicht im Willen des Gesetzgebers, den Arbeitgeber zu bereichern. Auch ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Anteil bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung anzuzahlen. Dies wird bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung anzuzahlen. Ich will anpassen falls der Arbeitgeber mit der Auszahlung längere Zeit im Rückstande ist, so können diese Beiträge nach § 521 wie Gemeinbeiträge einzuheben werden; sie haben auch das Vorkaufsrecht nach § 61, Nr. 1 der Konkursordnung. Scheidet ein versicherungspflichtiges Mitglied aus der Ersatz- kasse aus, so muß sofort dem Arbeitgeber Mitteilung gemacht werden. Der Arbeitgeber ist dann verpflichtet, den Arbeiter sofort bei der Ersatzkasse anzumelden. Wenn die Ersatz- kasse die Mitteilung unterläßt oder verzögert, so haftet sie für die Leistung, bis der Arbeiter bei der anderen Klasse angemeldet ist. Ebenso haftet auch der Arbeitgeber der Ersatzkasse für den Schaden, der ihr dadurch erwacht, wenn er die Meldung ver- zögert oder unterläßt. Dies wäre zu ziemlich das Wichtigste, was über das Verhältnis der Ersatzkassenmitglieder zu anderen Klassen und zum Arbeitgeber zu sagen wäre. Auf Grund der Erfahrungen in den Betrieben ist es meines Erachtens sehr gut,

wenn sich die Ersatzkassenmitglieder mit diesen Fragen befaßt. Ist es doch zu verzeichnen, daß Meister und Arbeitgeber u- sache keine Achtung von diesen Bestimmungen haben oder hal- wollen. Da ist es denn wichtig, daß wir auf dem Posten si- damit uns nicht noch unsere wenigen Rechte genommen wer- Ernst K r a a h, W e l b e r t

Ein merkwürdiges Urteil.

Erst jetzt erhielten wir Kenntnis von einem Urteil, k- fänglich vor dem Amtsgericht in We i s s w a s s e r gefällt wur- Am 12. Dezember 1927 erstattete der Keramische Wu- Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter, Pahlstelle Wei- wasser, bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen die Fir- Betrieb Greiner, Glashütte in Rietzen (D.-L.) wegen Ueberschreitung der Arbeitszeitverordnung vom 21. Februar 1923 in der Fassung des Arbeitszeitgesetzes vom 11. April 1927. Es war festgestellt, daß in der Zeit vom 7. November bis 11. November 1927 in der dortigen Z. im Schleißerei von ganz- stunden, darunter Arbeiterinnen unter 16 Jahre, bis 14 Stunden täglich gearbeitet worden war. Von Zeit war von einer Klageerhebung nichts zu hören. Bis da- plätzlich ein Landjäger nach dem Büro des Fabrikarbeiter- bandes kam, um zu erklären, daß die Anzeigenschrift verlor- gegangen sei und ob eine Abschrift gegeben werden könnte. D- geschah.

Für den 6. Mai wurde dann von dem Amtsgericht Wei- wasser Termin angefahrt. Die angegebene Organisation hat von dem Termin leider keine Kenntnis. Der Betriebsinhab- wurde freigesprochen, weil er, wie auch seine Betriebsleiter e- klärten, das von den Ueberstunden keine Kenntnis gehabt und die Zwischenmeister auf eigene Veranlassung gearbeitet und die Hilfsarbeiter zur Arbeit angehalten hätten.

Nach diesem Freispruch wurde gegen drei Zwischenmeister also Arbeiter des Betriebes Klage erhoben, ohne daß die b- treffenden Arbeiter ihrer Organisation Kenntnis von der Kl- lage gaben. (Nach von dem freisprechenden Urteil war leid- die Organisation nicht unterrichtet worden.) Im Termin a- 6. Juni wurden nun die drei Zwischenmeister zur 6 W- Geldstrafe wegen Uebertretung der Arbeitszeitverordnung be- urteilt, weil sie die Hilfsarbeiter angehalten haben, länger z- arbeiten.

Wir teilen dies Urteil der Öffentlichkeit mit, damit a- Zwischenmeister daraus eine Lehre ziehen und daß sie die Uebe- stundenarbeit in jedem Falle ablehnen, denn, wie dieser Ja- richt, können sie sich dadurch schnell eine Strafe zuziehen, d- beim zweitenmal sogar eine Gefängnisstrafe sein kann. Mer- würdig ist das erste Urteil des Amtsgerichts insofern, als da- das Amtsgericht ohne weiteres dem Besitzer glaubt, daß er vo- der Ueberarbeit keine Kenntnis habe.

Wie nachträglich festgestellt werden konnte, sind nicht nu- in der Zeit vom 7. bis 11. November Ueberstunden geleistet worden, sondern auch in der Zeit nach dem 11. November bi- fast zu Weihnachten 1927.

Von alledem hat die Betriebsleitung keine Kenntnis ge- habt. Trotzdem doch wöchentlich Löhne für die Ueberstunden in den Büchern verbucht wurden und die Hilfsarbeiter Löhne für ihre Ueberstunden in die Lohnböden bewarben. Das Gericht kam auch nicht auf den Gedanken, sich eventuell die Lohnbücher vorlegen zu lassen, sondern g- l a u b t e dem Arbeitgeber, daß e- von der Leistung der Ueberstunden nichts gewußt habe.

Wir wünschen nur, daß auch einem ärmeren Schächer vo- dem Gericht immer so viel Glauben entgegen gebracht werde- mag. Alle Arbeiter aber und vor allen Dingen alle Zwischen- meister in der Glasindustrie soll dieser Vorgang eine Warnung sein, unter Berufung auf diesen Fall, wo die Firma die Schul- päter auf die Zwischenmeister abzuschieben sucht, jede Ueber- arbeit die nicht durch Tarif vereinbart ist, abzulehnen.

Der Verfall der chinesischen Porzellan- industrie.

China besitzt einen unerschöpflichen Reichtum an Porzellan und Tonerde; es kennt ihre Verwendung seit mehr als einem Jahrtausend und lieferte einst das Vorbild für die europäi- schen Porzellanmanufakturen. Schon vor dem Kriege kam die Entwicklung der keramischen Industrie allmählich zum Still- stand. Die Industrie des Porzellans verfiel immer mehr dem handwerksmäßigen Betriebe, und sie scheitert seitdem auf dem Weltmarkt als Konkurrenz in künstlerischer und technischer Beziehung aus. Die Ursache ist denn auch ständig zurück- gegangen. Als letzte Ursache hierfür sind anzusehen die zureich- Ursachen im Lande, das althergebrachte Festhalten an den ein- mal herrschenden Methoden, der Mangel an Organisations- talent bei den Geschäftsführern und das dauernde Bestreben nach höheren Arbeitslöhnen bei geringerer und schlechterer Lei- stung. Westrien ist dagegen der Verbrauch billiger Waren im eigenen Lande. Wirklich altes Porzellan ist, wenn überhaupt, nur noch aus Privatbesitz erhältlich. Die für alle Stücke be- zahlten hohen Preise haben die Chinesen und ebenfalls das Aus- land veranlaßt, Nachahmungen herzustellen, und diese sind teil- weise so gut gelungen, daß auch gute Kenner die Fälschung selten erkennen.

Feinere Porzellanwaren werden nach wie vor in King-keh- chen angefertigt. Dagegen hat dieser Stadt in der Herstellung übererger und billigerer Sachen Chau-yang-shien (früher Chau- shou-ju in der Provinz Kuangtung, in der Nähe des befann-

Damit sie darüber etwas zu wissen bekommen, werden drei Mann ins Kloster geschickt. Der schwarze Diener, der seine zwei Reiter steuert, der mag es dem Herrn sagen: Entweder bleiben die Leute draußen oder der Obermeister.

Der Herr sagt: „Der draußen, was wer drinnen bleibt in der- Jobrit, das heißt sie in- verstanden?“ Gebüht sich die drei Mann. Hüber in die Küche zu den andern. Sie die aber von den Worten ihres Herrn hören, da bricht ein Gebüht, ein Klacken und Schimpfen los, und der einfache wird auf die Art zum wilden Mann. Die drei fällen alle Zwischenpersonen zungelächelt.

Im Betrieb der Wilden wird wenig anständig. Zwei Tage später in der Herr mit seinen aus- ge- Der Herr sagt: „Die kommen auf dem Besuch gefahren, ich die nächsten Tage...“

Der Herr sagt: „Die kommen auf dem Besuch gefahren, ich die nächsten Tage...“

Der Herr sagt: „Die kommen auf dem Besuch gefahren, ich die nächsten Tage...“

Der Herr sagt: „Die kommen auf dem Besuch gefahren, ich die nächsten Tage...“

Darum spöttelte ein anderer: „An Vorhang mit der Hundepötte.“

Brüder, es ist irgendeinem Willen ein- brauchen, am gro- gen Scherz, gibt es vernünftige Kollegen. Vielleicht können wir auch dem Verband. Die suchswildesten, bekannt- ste Arbeiter sind schweigen. Einige von dem wilden Strei- zu gehen aber doch Net suchend und Döse heischend an die Hundsleute heran.

Ein von diesen meint: „Ja, freilich, heden lassen im- Red können wir Euch net; denn die Dummheit ist zwar eine wole Sache, aber kein Verbrechen.“

„Und sie wollen, die Verbände. Einmal mit gesammeltem Geld für die Familien der Wilden. Und dann von lokalen Verbandsmitteln.“

Die Sache steht aber schlimmer. Fremdein braver Bür- ger vermittelt. Der Herr überläßt die Auswahl der wieder in Gnade angenommenen Leute seinem Betriebsleiter. Die- sende überkommt die im Hof wie schwere Sänder aufge- stellten Arbeiter. Wie aus einer Hemmelherde, die der Metzger durchwühlt, so werden sie auswärts und vorgelesen vom Her- ren August. Die Verbotsregeln klaffen wie ertappte Ver- brecher aus dem Hebräer. Die, denen gnädigst verziehen ist, die mühen billiger arbeiten.

„Ja, was ham wir denn verbrochen? ... unser Recht haben wir uellen ... unser Recht ... die vom Wasserwerk, die roten Verbändler, kriegen freilich Lohnerhöhung ... warum sind wir die Hunde?“, schreit es aus einer gequälten Brust.

Eine verrückte Stimme antwortet: „Ihr macht Euch ja selbst häßlich ... die vom Verband erlämpfen sich Rechte und erfüllen Pflichten ... macht es auch so ...“

Der Herr ist nicht umsonst gewesen. Langsam, aber ge- fehrig, wird in der Großfabrik aus der wilden Herrlichkeit eine einseitliche, zielichere Gewerkschaftsstruktur. Segar der

starke August sagt zu seinem Herrn: „Die Kerls fangen an zu begreifen ... wegen ihren Verband ... ich glab, sie sind sehr bald alle in ihrem roten Verband ... also, anpassen müssen mer schon ... die Arbeiter san organisiert ...“

„Wir auch“, sagt schneidig kurz der Unternehmer und zün- det sich eine ganz Ausgewählte an. Mit Dampf springt er lachend in sein Auto. Lui Pipin.

Sonntag.

Den Berg hinan! Der Morgen tönt am Himmel, In steigend aus dem Steinmeer der Fabriken Singen wir Hoch in des Wethers lüchtem Klang Und höher noch, wo schon Der Wind uns grün umbindet Und Wälder sind, auch Vögel auch Dem Sonntagsvolk.

Sechs Tage Asphalt, Drei der späten Stunden, Herrscht, verquamt, veräst, zerhackt, zerschnitten, Sechs Tage Wachtendienst, Sammerschlag; hinauf, hinab, Ab nur den Transmissionen; Sechs Tage, um für den siebenten frei zu sein.

Den Berg hinan: Mit offener Haut und hellen Sinnen, Zu atmen Laub und Sonne. Hier wandern, wandern, wurzeln dann, Denn Wälder sind, auch Vögel noch, Dem Sonntagsvolk der Städte.

Walther Gafk

ten Hafens von Swatow) den Rang abgelaufen. Das gilt auch für die Ausfuhr. Diese beiden Orte sind die einzigen, die noch für die Herstellung zu Ausfuhrzwecken in Frage kommen. Alle übrigen Porzellanfabriken bedürfen hauptsächlich den Bedarf im eigenen Lande.

Yiling in der Provinz Hunan, dessen Porzellanindustrie noch verhältnismäßig jung ist, hat früher versucht, durch Anstellung von japanischen Fachleuten und Meistern aus Kinki-Chen seine eigene Industrie zu heben. Aber das Vorkommen der dortigen Porzellanerde ist beschränkt, und der Stoff ist an Güte dem von Kiangsi nicht ebenbürtig. Yiling versorgt jetzt nur noch die eigene Provinz und die Gebiete des oberen Yangtse. Dorthin liefert aber auch der Kreis Tse-hien (im südlichen Szechuan) Waren des täglichen Bedarfs, die im eigenen Lande nicht verbraucht werden.

Ta-hua in der Provinz Fukien und Bing-ting in Chanxi versorgen nur ihre Nachbargebiete, ebenso haben die Porzellanmanufakturen in Chuchow, Provinz Chekiang, nur örtliche Bedeutung. Verhältnismäßig unbedeutend für den Porzellanmarkt ist Poshan in Schantung, ein Platz, der einst durch Cloisonne berühmt war, heute aber fast vollständig zur Glasindustrie übergegangen ist. Nach Zeitungsmeldungen hat man neuerdings in Hai-tu-tung bei Mukden Porzellanerde gefunden.

Während die Ausfuhr eigener chinesischer Ware zurückgeht, steigt die Einfuhr japanischer Halbfabrikate nach Kanton ständig. Die Einfuhr japanischer Halbfabrikate, Teller und aller Arten von Geschirr, soll angeblich den Wert von 100 000 Haituan-Taels erreicht haben. Diese Stücke werden dann in dem Staateil „südlich vom Fluss“ bemalt, neu gebrannt, und unter der Bezeichnung „echt chinesische Ware“ wieder ausgeführt, zum Teil auch am Platze selbst verbraucht. In den Fabriken, die für das Ausland arbeiten, werden, außer den überall bekannten Tee-, Kaffee- und Egeschirren, noch die mannigfaltigsten Stücke in den verschiedensten Farbzusammensetzungen gefertigt, wie grün und gelb, blau und gold, schwarz und rot, rötlichgrün, blau-weiß, grüne und rote Familie, Sang de boeuf, apfelgrün, pfirsichrot, fahlgelb u. a. m. Die wichtigsten Artikel sind Vasen in den verschiedensten Formen und Größen von 15 Zentimeter an bis 1,50 Meter, ferner Ruder- und Innenwände, Kalmenbügel, Schirmständer, Blumenständer, Hocker, Böden, Tierfiguren u. a. m. Als Dekorationen dienen Blumen und Vögel, Vagedorn, Landschaften, Spinnmuster, Medaillons, Kämpferfiguren und andere Zeichnungen, die allgemein beliebt sind.

Im Jahre 1925 wurden an Porzellanwaren nach dem Auslande 200 000 Pifuls (davon 13 000 feine Waren, der Rest grobe Waren) im Werte von 2 290 000 Haituan-Taels (für feine Waren 530 000) verschifft. Für das Jahr 1926 werden angegeben 174 000 Pifuls im Werte von 2 000 000 Haituan-Taels (darunter 16 000 feine Waren für 632 000 Haituan-Taels). Als bedeutendster Abnehmer gilt nach der Zollstatistik Hongkong. Das ist eine natürliche Folge der bevorzugten Lage Hongkongs als Umschlagshafen. In früheren Zeiten wurden die aus Kinki-Chen kommenden Stücke auf Binnenflüssen über Kan-ngan nach Kanton geschifft und dort verkauft, heute werden sie auf dem billigeren Wege über Schanghai nach Hongkong verladen, wobei sie der chinesische Händler in vielen Fällen job an die Exporteure zu liefern hat. Nach Hongkong gingen 1925 rund 52 000 Pifuls (Wert: über eine Million Taels), ferner nach Singapur 76 000 Pifuls (Wert 533 000 Haituan-Taels), nach Siam 42 000 Pifuls, nach Indo-China 21 000, nach Britisch-Indien 3000, nach England 73, nach Deutschland 74 Pifuls. Kleinere Abnehmer waren Schweden, Belgien, Frankreich, Amerika usw.

Die Erzeugung von anderen Ton- und Erdenwaren ist in China zweifellos gewaltig, kommt aber für die Ausfuhr nicht in Frage. Ihre Ausfuhr betrug aus allen chinesischen Zollhäfen im Jahre 1925 rund 146 000 Pifuls im Werte von 770 000 Haituan-Taels, und im Jahre 1926 etwas mehr, nämlich 174 000 Pifuls im Werte von 850 000 Haituan-Taels. Hauptartikel werden diese Ton- und Steinwaren im eigenen Lande verbraucht sowie in den Nachbargebieten mit chinesischer Bevölkerung. Der Handel liegt fast ausschließlich in chinesischen Händen.

Die Einfuhr von ausländischem Porzellan ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Hauptlieferant ist Japan. Es wurden eingeführt im Jahre 1925 aus Japan Porzellanfächer im Werte von 1,7 Mill. Taels, aus Hongkong für 110 000, aus England für 134 000 und aus Deutschland, das an vierter Stelle steht, für 49 000 Haituan-Taels. Die ganze Summe der Porzellan-Einfuhr aus dem Auslande belief sich auf etwas über 2 Mill. Haituan-Taels. Die Haupteinfuhrhäfen waren Schanghai, Tientsin, Hankow, Kowloon und Kanton. In dem letzten Hafen betrug die Haupteinfuhr japanische Halbfabrikate. Auch im Norden Chinas ist die Einfuhr japanischer Porzellanfächer gestiegen; allein Dairen erhielt japanische Porzellan für 596 000 Taels.

Wenn auch Kanton nach der Zollstatistik in der Ausfuhr von Porzellanwaren nach dem Auslande weniger bedeutend antritt als Kinki und Swatow, wurden hier doch die bedeutendsten Abschlüsse im Auslandsverkehr gemacht. Einflußreiche chinesische Händler unterhalten hier größere Musterlager von Porzellan aus Kinki und Swatow, nach Güte und Ausführung geordnet. Diese Einteilung hat es den Händlern und Exporteuren ermöglicht, illustrierte Kataloge herauszugeben, an Hand deren das Ausland seine Bestellungen nach Kanton legen kann. Die Ware selbst wird dann größtenteils von Kinki oder Swatow job Hongkong geliefert. Zur Zeit sind solche Kataloge allerdings kaum erhältlich. Ein großer Teil ist durch Feuersbrunst zerstört worden, und die Geschäftsaussichten sind so wenig ermutigend, daß die Händler sich zu Neubreden nicht haben entschließen können.

In letzter Zeit hat Schanghai begonnen, Kanton erfolgreich Konkurrenz zu machen. Einzelne Händler aus Kanton sollen dort bereits Zweiggeschäfte eröffnet haben. Schanghai liegt eben günstiger zu Kinki.

Schmieberg i. Rgb.

Am 4. Juli ist die gesamte Belegschaft des Betriebes Gebr. Kohl (Rauschert-Betrieb) zirka 400 Kolleginnen und Kollegen wegen angeblichen Arbeitsmangel entlassen worden. Dieser Arbeitsmangel muß ganz plötzlich gekommen sein, da am 15. Juni nach keiner Vorlage, vielmehr waren nach den Erklärungen des Herrn Rauschert an diesem Tag Aufträge in Höhe von über 200 000 RM vorhanden. Allerdings sollten diese Aufträge den sich tragenden und mit Gewinn arbeitenden Betrieben zur Erledigung nur zugeleitet werden. Als einziger Grund für die beauftragte und nun durchgeführte Stilllegung wurde von Rauschert die ungenügende Rentabilität des Betriebes angegeben. Als Ursachen der Unrentabilität wurde von Herrn Rauschert hauptsächlich bezeichnet: 1. die zu hohen Löhne und Verdienste, die zu geringe Arbeitsleistung der Belegschaft, 2. die Überhebung der Belegschaft, 3. die Durchsetzung derselben mit zu viel alten und minderleistungsfähigen Arbeitskräften und 4. das Vorhandensein zu vieler männlicher Beschäftigter. Eine Weiterführung des Werkes hätte zur unbedingten Voraussetzung: 1. die Neuerschließung und Umgestaltung der Afford- und Zeilöhne, 2. eine wesentliche Erhöhung der Arbeitsleistungen, 3. eine Verminderung der Belegschaft um mindestens 20 Prozent und 4. die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte an Stelle der früheren männlichen Arbeiter, vor allem in den Produktionsabteilungen.

Da diese Voraussetzungen allgemein sich nicht verwirklichen lassen, in besonderem vornehmlich in Punkt 1 und 2: Neuerschließung der Löhne und Stückpreise und Leistungssteigerung gegen die Bestimmungen des Tarifvertrages, konnte seitens der Arbeitergemeinschaft nicht darauf eingegangen werden. Die Arbeitergemeinschaft war und ist jederzeit bereit, gemäß den Tarifbestimmungen Angelegenheiten zu erledigen. Weitergehendes muß als in

Widerspruch zu den Vorschriften stehend in bestimmter Weise abgelehnt werden. Abgelehnt werden, weil bisher alle Löhne und Stückpreise sich auf den tariflichen Mindestlohn basieren, allgemein die Leistungen und Preise äußerst spärlich kalkuliert sind, so daß es vielen der Beschäftigten nur durch Höchstleistungen möglich ist, die Lohnhöhe der tariflichen Affordbasis und des Mindestlohnes zu verdienen, ein Teil der Beschäftigten trotz aller Anstrengungen, trotz der jahrelangen Übung und Vertrautheit sogar darunter liegt. Eine Steigerung der Leistung ist angesichts der schon mehrfach erfolgten Steigerung und im Hinblick auf die technischen und baulichen Einrichtungen im Allgemeinen eine Unmöglichkeit. Solche Voraussetzungen und die Anordnungen lassen sich nicht verwirklichen. Sie sind tarifwidrig und bedrohen außerordentlich die Existenzmöglichkeit der Schmieberger Kollegenschaft. Diese wird deshalb passende Maßnahmen gegen die Absichten des Herrn Rauschert zu ergreifen wissen. Sie ist einmütig und geschlossen der Meinung, daß sie verpflichtet ist, die durch die Organisation erkämpften Rechte nach jeder Seite hin zu verteidigen, einmütig hat sie zum Ausdruck gebracht, daß sie auch durch die von Herrn Rauschert geschaffene Latschke der Stilllegung nicht daran denkt, die Herstellung der Produkte bei ungenügenden Lohnsätzen und bei verlängerter Arbeitszeit zu vollführen, und ist nicht gewillt, die Folgen nicht richtiger Verkaufspolitik auf sich zu nehmen.

Von der Kollegenschaft in den übrigen Rauschert-Betrieben wird erwartet, daß ihrerseits der Stilllegung des Werkes Schmieberg die größte Beachtung geschenkt wird und alles vermieden wird, was geeignet sein könnte, den Anschlag auf Existenz und Lebensmöglichkeit der Schmieberger Kollegenschaft zu unterstützen.

Blechhammer.

Wir hatten vor einiger Zeit bereits Gelegenheit, uns mit einem Vorgesetzten der Porzellanfabrik in Bernhardsbütte etwas näher zu beschäftigen. In letzter Zeit scheint sich der betreffende Herr wieder stark zu fühlen, und er versucht wieder auf dieselbe Art mit der Arbeiterchaft zu verfahren. Wir warnen ihn, das Spiel zu wiederholen.

Nun scheint sich aber dort noch ein weiterer Despot zu entwickeln und zwar ein ganz junger. Der junge Herr, auch namens Scheler, soll unter anderem auch den Satz geprägt haben, daß die Bernhardsbütte keine Versorgungsanstalt für Kriegervitwen sei. Der junge Mann weiß wahrscheinlich nicht, wie es einer Frau oder deren Kindern zumute ist, wenn der Vater „auf dem Felde der Ehre“ geblieben ist. Wahrscheinlich kann er sich der Zeit nicht mehr erinnern, als der Krieg losging, weil er damals vielleicht noch Kleinkind trug und konnte so nichts wissen von dem großen Wort: Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß. — Aber sonderbar ist es, daß man doch sonst nicht so empfindlich war und man hier gerne auch Kriegervitwen und sonstige weibliche Arbeitskräfte eingestellt und legenannte Kräfte nicht mit scheelen Augen angesehen hat. Wahrscheinlich werden diese Kriegervitwen nun zu alt und passen nicht mehr. — Wir möchten dem jungen Mann empfehlen, erst einmal sich weiter in der Welt umzusehen als wie von Hüttengrund bis Blechhammer und nicht lieber gleich den starken Mann zu spielen, weil man unter dem Protektorat seiner Brüder sitzt, sondern jeden Menschen so zu behandeln, wie er es gerne auch selbst wünscht.

Blankenhain.

Durch die anschließende an die Raiserier erfolgte Betriebsstilllegung der Porzellanfabrik C. & E. Carstens in Blankenhain befinden sich an diesem Ort etwa 200 arbeitslose Kollegen und Kolleginnen. Inzwischen sind im Betrieb umfassende Rationalisierungsmaßnahmen eingeleitet worden, und der Betrieb soll nächstens wieder in Gang gesetzt werden. Schon bei der Stilllegung hat die Betriebsleitung erkennen lassen, daß bei der Wiedereröffnung eine größere Anzahl der vorher Beschäftigten nicht wieder eingestellt und durch auswärtige Arbeitskräfte ersetzt werden soll. — Auch die Firma Krüger in Blankenhain berührt, ihren gelegentlichen Bedarf an Arbeitskräften nicht aus den Reihen der dortigen Erwerbslosen, sondern durch Heranziehung auswärtiger Kollegen zu decken. Der Zweck dabei ist offensichtlich. Wir halten es deshalb für angebracht, jeden Zugzug von Porzellanarbeitern zu den Betrieben C. & E. Carstens und E. Krüger in Blankenhain fernzubalten. Die Zentralbranchenleitung.

Sozialpolitische Rückschau auf das Jahr 1927 der Unternehmer.

In einem Aufsatz in der „Tonindustrie-Zeitung“ Nr. 51/28, betitelt: „Eine wirtschaftliche und sozialpolitische Rückschau auf das Jahr 1927“, wird neben der kritischen Würdigung der Lohnpolitik der Gewerkschaften, Entwicklung des Arbeitsrechts vom Standpunkte der Unternehmer, auch Stellung genommen zu den sozialen Gegensätzen, wie sie zwischen Unternehmern und Gewerkschaften bestehen. Es wird darüber festgestellt, daß der jahrelang gepredigte Gedanke der Arbeitsgemeinschaft der Verwirklichung nicht näher gekommen ist. Schuld daran sei das fortgesetzte Ringen um Verbesserung der Existenzbedingungen, ohne Rücksicht auf die allgemeinen Notwendigkeiten des Lebens und der Wirtschaft. Zum Beweis dieser Ansichten wird das Referat von Geheimrat Böhler, gehalten auf der Tagung des Reichsverbandes der Industrie, angeführt. Dieser sprach über die volkswirtschaftliche Einheit von Wissenschaft, Unternehmertum und Arbeiterchaft im Produktionsprozess. Daß diese Einheit volkswirtschaftlich besteht, wird und ist schon immer auch von gewerkschaftlicher Seite anerkannt worden. Nur sagt Dr. R. Hed. Köln, als Verfasser des Aufsatzes in der „Tonindustrie-Zeitung“ nicht, daß zu dieser Einheit auch die Gleichberechtigung bei der Leitung und auch die gleiche Anteilnahme am wirtschaftlichen Ergebnis der Produktion seitens der Arbeiterchaft gehört. Von dieser Einheit will Dr. Hed. nichts wissen. Deswegen wird die Forderung der Arbeiterchaft auf Anteilnahme an den Erträgen der Rationalisierung und Erhöhung der Löhne auf ein solches Maß, daß er dem Empfänger auch die Möglichkeit gibt, am Fortschreiten teilzunehmen, abgelehnt. Begründet wird diese Ablehnung mit der Motivierung, daß die gesamten Uberschüsse zur Kapitalbildung Verwendung finden müssen. Dr. Hed. nennt diese Bewegung letztes Stadium der Lohnentwicklung. „In diesem letzten Stadium der Lohnentwicklung geht es um ein Verwalmen von Kulturtributen, die durch Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnausgleich und gleichzeitig durch Anteil an der Ausbeute des Betriebes gewährleistet werden.“ Ja, das ist der springende Punkt! „Anteil an der Ausbeute“ — die Zeit der Ausbeutung geht ihrem Ende entgegen. Bis jetzt bestimmte der Arbeitgeber allein über den Anteil am Mehrwert. Und solange dieser Zustand besteht, nicht alles Neben von Einheit in der Produktion zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft und Arbeitsgemeinschaft gar nichts. Da hilft es auch nichts, wenn man zur Unrechtbehaltung der Anstandslosunterstützung selbsten sagt: „Damit das gelingt, ist Besonnenheit auf allen Seiten erste Pflicht, Opferkühn im Rahmen des vollen- und privatwirtschaftlichen Möglichen im Hinblick auf das Gemeinsame, nicht das Streben nach Sondervorzügen oder irreführenden voranturmasloße Sucht nach Befriedigung von Sonderwünschen ohne Rücksicht auf die Gesamtheit. Allerdings hat der Arbeitsfriede nur dadurch aufrechterhalten werden können, daß sich des Arbeitgebers bereitgefunden hat, neue Lasten zu den alten zu übernehmen.“ Die armen Arbeiter! Wenn man so an den Opferkühn der Arbeiterchaft zur Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens appelliert, werden die Gewerkschaften demnach wohl Sammelstellen zur Unterstützung der Un-

ternehmer zirkulieren lassen müssen. Von einem Appell an die Unternehmern zum Opfern und zur Besonnenheit ist uns noch nichts bekanntgeworden. Es sei denn, daß man es als Besonnenheit ansieht, Streckabwärtigen zu gründen, Ausbeutungsbeschlüsse zu fassen und dadurch die Staatsgewalt unter die Botmäßigkeit der paar Wirtschaftsgewaltigen zu zwingen. Weiter stellungsänderungen und Preisabwärtigen zu treffen, um die Verbraucherherrschaft hemmungslos ausüben zu können. — In neueren Zeit sind Bestrebungen im Gange, die Tarifabhängigkeit der Arbeitergewerkschaften zu untergraben, um die ganze Tarifgestaltung der Gewerkschaften zu untergraben. Wo bleibt da der Opferkühn, die Zusammenarbeit in der Führung der Wirtschaft, die Rücksicht auf die Volksgesamtheit? Es ist nicht wie das Streben nach Sondervorzügen auf Kosten der Gesamtheit, das frasse Verrentum, das von Einbeit und Gleichberechtigung der Arbeiterchaft nichts wissen will. Deshalb bleibt der Arbeiterchaft ein weiterer Weg nicht übrig, als ihre ganze gewerkschaftliche Macht dafür einzusetzen, daß ihr als wichtiger Produktionsfaktor der gebührende Anteil am Produktionsertrag und auch die ihr gebührende Mitwirkung an der Leitung der Wirtschaft zugesichert wird. Dazu wird sie sich auch der politischen Macht und Instanzen bedienen.

Ein Lichtblick ist dem Arbeitgebertum aber doch trotz aller Kammeruns über die sozialpolitische Entwicklung im Jahre 1927 beschienen, wenigstens nach Ansicht des Syndikus Dr. Hed. Zur Einheit im Produktionsprozess schreibt er: „Es scheint so, als ob die Bemühungen in dieser Richtung, die Arbeiterchaft in innige Verbindung mit dem Betriebe zu bringen, — es sind die vorbildlichen Bemühungen des „Dinta“ —, der der Erfolg nicht versagt ist. Man spricht von der neuen, psychologischen Arbeiterpolitik der Unternehmer. Sie zielt nach amerikanischem Vorbild darauf ab, die Seele des Arbeiters zu gewinnen.“ Es folgt eine Lobeshymne auf den amerikanischen Arbeiter. Nur wird vergessen mitzuteilen, wie hoch sich die Verdienste der Arbeiter in Amerika stellen. Nach einer Aufstellung der „Tonindustrie-Zeitung“ Nr. 46/28, betragen die Löhne der Arbeiter in der Industrie in dieser Industrie im Durchschnitt schwerlich über 35 bis 40 RM pro Woche, während der Lohn des deutschen Arbeiters in dieser Industrie im Durchschnitt schwerlich über 35 bis 40 RM pro Woche betragen dürfte. Ganz abgesehen davon, daß auch in Amerika „nicht alles Gold ist, was glänzt“, so könnten in Punkt Lohnzahlung aber doch die amerikanischen Unternehmer ihren deutschen Kollegen als Vorbild dienen.

Ueber die Aufgaben und Absichten des „Dinta“ ist schon so viel geschrieben worden, daß sich ein Eingehen darauf erübrigt. Nur das sei hier gesagt, daß das „Dinta“ nicht die Aufgabe hat, die so warm empfohlene Einheit im Produktionsprozess zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft herbeizuführen, sondern ihre Aufgabe ist, die Arbeiterchaft zu Wertgemeinschaften und sogenannten Nationalpatrioten zu erziehen und die Gewerkschaftsbewegung zu zerstören. Den Beweis dafür bringt auch Dr. Hed. indem er sich für seine Anschauungen auf Männer wie Kieffisch, Winnig, Albert und Baummeister beruft. Diese Namen sind der deutschen Arbeiterbewegung so gut bekannt, daß sie als Kronzeugen der Unternehmer für sich sprechen.

Agitation und Organisation in der Ziegelindustrie.

Die Ziegelindustrie ist ihrer Struktur nach wohl eine der Industrien mit, wo die Arbeiterchaft sehr schwer für den gewerkschaftlichen Organisationsgedanken zu gewinnen war, wenigstens was das Größte der Zieglerarbeiter anbetrifft. Gewiß bestanden schon lange vor dem Kriege Organisationen, die sich um die Ziegler bemühten.

Neben freigewerkschaftlichen Organisationen, wie Bauarbeiter und unsere Organisation, welche Ziegler in ihren Reihen Aufnahme gewährten, bestanden auch selbständige Zieglerorganisationen, zum Teil Ortsvereine oder Vereine, die sich auf einen verhältnismäßig kleinen Umkreis erstreckten. Neben diese bestanden Organisationen, die in ihrem Ziel die Organisation der Ziegler auf das ganze Reich erstreckten, aber in ihrer tatsächlichen Wirksamkeit doch auf eine kleine Schicht von Ziegler beschränkt blieben. Solange als noch mehrere freigewerkschaftliche Organisationen um die Seele des Ziegler stritten, waren große Erfolge in Punkt Organisation nicht zu erzielen. Auch betr. Verbesserung der wirtschaftlichen Lage waren große Vorteile für die Ziegler nicht zu erreichen. Das sah auch derjenige Teil der Ziegler ein, welcher den freigewerkschaftlichen Organisationsgedanken bereits empfängt hatte. Deswegen tauchte der Wunsch auf, einmal eine Konferenz der Ziegler einzuberufen, auf der beraten werden sollte, welche Organisationsform für die Ziegler die beste wäre, um das Ziel, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Steigerung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Ziegler, zu erreichen.

Diese Konferenz fand am 3. und 4. Juni 1906 in Magdeburg statt. In den Verhandlungen dieser Konferenz wurden über die Lage der Ziegler verschiedene Einzelheiten diskutiert. Allgemein kam zum Ausdruck, daß die Ziegler damals unter den denkbar schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen lebten mußten. Niedrige Löhne bei überaus langer Arbeitszeit, schlechte Unterkunftsverhältnisse und sonstige traurige und schlechte Arbeitsbedingungen waren die Regel. Die Löhne selbst in den besten Gebieten schwankten zwischen 30 und 40 M. pro Stunde für den erwachsenen Arbeiter und 12 bis 18 M. für die erwachsene Arbeiterin. Die sanitären und hygienischen Verhältnisse spotteten jeder Beschreibung. Es war ein äußerst trübendes Bild, was von sämtlichen Delegierten der Konferenz über die damalige Lage der Ziegler gezeichnet wurde.

Interessant sind die Schilderungen zu lesen über die Versuche, welche von verschiedenen Organisationen zur Organisation der Ziegler gemacht waren. Bereits im Jahre 1880 wurde eine selbständige Zieglerorganisation mit dem Sitz in Werder a. d. Havel gegründet, die es in kurzer Zeit auf 25 Mitglieder in 10 Ortsvereinen brachte. Es wurde ein eigenes Nachrichtenblatt herausgegeben, welches sich „Blatt der Ziegler“ nannte. Bald jedoch ging diese Organisation wieder zurück, und mit diesem Zurückgehen hörte auch das Erscheinen des Nachrichtenblattes wieder auf. Man verlor dann den Sitz von Werder nach Langensfeld bei Damburg, weil man glaubte, durch die Sicherlegung des Rückens der Organisation ausbalden zu können. Der Rückgang war aber nicht auszubalden. Im Jahr 1893 wurde diese Organisation aufgelöst, nachdem die Mitgliederzahl bis auf 7 herabgesunken war.

Unser Organisation setzte damals mit der Vorbereitung ein, aber ebenfalls mit wenig Erfolg.

1895 unternahm der Verband der Ziegler einen umfassenden Versuch, die Ziegler für seine Organisation zu gewinnen und berief 1897 eine Konferenz der Ziegler nach Brandenburg a. N. ein, die von 18 Delegierten aus 8 Orten besetzt war. Auf dieser Konferenz wurde die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die ihren Sitz in Werder erhielt.

Aber auch der Zieglerverband hatte keine nachhaltigen Erfolge erzielen können und stellte nach verhältnismäßig kurzer Zeit die Agitation unter den Ziegler wieder ein. Im Jahre 1898 wurde ein dritter Versuch zur Organisation der Ziegler unternommen, und zwar ging dieser Versuch von Dortmund aus. Der Versuch wurde von der damaligen Generalkommission lebhaft unterstützt, die überaus viele Versuche zur freigewerkschaftlichen Organisation der Ziegler unternommen hatte. Ein Zieglerverband fand in diesem Jahr in Dortmund statt. Aber auch diese Versuche, die Ziegler in einer selbständigen Organisation zusammenzuführen, schlugen fehl. Neben inneren Schwierigkeiten stellten sich auch solche äußere Natur ein. Die Zieglermeister, welche durch die verschiedenen

Organisationsversuche aufmerksam gemacht waren, bereiteten der Organisation der Ziegler die größten Schwierigkeiten, sie benutzten ihren Einfluss und misbrauchten die wirtschaftliche Abhängigkeit der Ziegler dazu, diese von der Organisation abzuhalten. Die Zieglermeister waren also auch damals äußerst reaktionär und es sind zum größten Teil auch heute noch, wie wir verschiedentlich Gelegenheit hatten, dies in jüngst vergangener Zeit festzustellen. Auch die Geißlichkeit hat ihren Einfluss auf, um die Organisation der Ziegler im modernen Sinne zu hinterreiben. Weiter kamen noch die Christlichen hinaus, um die so notwendige Einigkeit der Ziegler zu hinterreiben und sie für ihre Zwecke einzufangen.

1902 wurde abermals ein Versuch zur Gründung einer selbständigen Organisation unternommen, und zwar von dem damaligen Landtagsabgeordneten und späteren Redakteur der „Graphischen Presse“, D. H. E., welcher in einer Reihe von öffentlichen Versammlungen die Pippischen Ziegler zum Anschluß an eine auf moderner Grundlage beruhende Organisation zu gewinnen suchte. D. war der Meinung, daß der Sitz dieser Organisation in Lippe, wo die Mehrzahl der Wandriezler ihren Wohnsitz hatte, sein mußte. Infolge der getroffenen Vereinbarung mußte die Anregung Obiers, die neue Organisation der Ziegler zu unterstehen, von der Generalkommission abgelehnt und den Pippischen Ziegler empfohlen werden, sich dem Verband der Fabrikarbeiter anzuschließen. Die bisherigen Organisationsversuche ermutigten auch nicht zu weiteren neuen Versuchen in bezug auf eine selbständige Organisation der Ziegler.

Es war also ein äußerst schwieriger und steiniger Boden, den es zu beackern galt, und die Zieglerkonferenz im Jahre 1906 sollte nun den Weg zeigen, welcher am besten geeignet war, die wirtschaftliche Lage der Ziegler zu bessern. Daß der Weg der selbständigen Zieglerorganisation nicht der richtige war, hatte man wohl eingesehen, und es war aus dieser Einsicht heraus auch eine Vereinbarung zustande gekommen, daß der Verband der Fabrikarbeiter die zuständige Organisation der Ziegler sei. Ein Teil der Ziegler hatte das wohl eingesehen, aber ein anderer Teil suchte Anschluß beim Verband der Bau- und Erdbauarbeiter. Ein weiterer Teil versuchte es mit der Gründung von Lokalorganisationen.

Die Frage auf der Zieglerkonferenz im Jahre 1906 stand also so: Welchen der bestehenden leistungsfähigen Organisationen schließen sich die Ziegler an? In Betracht kamen: der Bauarbeiterverband und unsere Organisation, der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Genosse Knoll, der Vertreter der damaligen Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, dessen Ausführungen auf der Zieglerkonferenz im Jahre 1906 wir in obigem in der Hauptsache gefolgt sind, empfahl der Konferenz, den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands als die zuständige Organisation für die in Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu erklären.

Auch der damalige Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Behrendt, hielt den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband für das Richtige.

Es führte auf der Konferenz unter anderem das Folgende aus:

„Solange die Ziegelearbeiter nicht danach streben, in einer Organisation vereint zu sein, solange kann nichts erreicht werden. Aber dabei müssen wir uns von dem Gesichtspunkt leiten lassen: Wer mit dem Beruf nicht vertraut ist, der vertritt nichts davon, und er verjüngt sich an den Ziegler, wenn er sie in seinem Verband aufnimmt. Und das trifft beim Bauarbeiterverband zu.“

Nachdem Behrendt die Erfahrungen des Bauarbeiterverbandes bei den Wirtschaftskämpfen mit den Arbeitgebern geschildert, fährt er dann fort:

„Hätten wir gleich Anschluß an eine große Organisation gehabt, dann wäre die Organisation viel früher zu der Stärke angewachsen, die sie jetzt hat. Diese Erfahrungen sollten sie sich (die Ziegler) zunutze machen und sich an eine große Organisation anschließen. Dazu eignet sich am besten der Fabrikarbeiterverband.“

Auch Drunzel, der Verbandsvorsitzende des Töpferverbandes, war derselben Auffassung, wenn das auch nicht so überzeugend wie bei Behrendt zum Ausdruck kam.

Damals hatten wir schon einen Teil Ziegelearbeiter in unserer Organisation vereint und auch schon Erfolge in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzuweisen, wenn diese Erfolge, gemessen an der Gesamtzahl der Ziegelearbeiter, auch gering waren.

Die Konferenz beschloß damals einstimmig die Annahme der Resolution Knolls, welche, außer anderen Punkten, die sich mit Agitation, Abschluß von Tarifen usw. befaßten, den Fabrikarbeiterverband Deutschlands als die allein zuständige Organisation für die Ziegler anerkennt.

Damit war der Fabrikarbeiterverband als die allein zuständige Organisation der Ziegler erklärt und anerkannt.

Daher damals die Ziegler recht getan, als sie den Verband der Fabrikarbeiter als die für sie zuständige Organisation erklärten?

Vergleicht man die Lohn- und Arbeitsverhältnisse von damals mit heute, so kann konstatiert werden, daß der Fabrikarbeiterverband große Erfolge in der materiellen als auch der kulturellen Hebung der Lebenslage der Ziegler zu verzeichnen hat. Der Ziegler lebte in der überaus großen Dummheit und stumpf dahin, wurde in überaus langer Arbeitszeit und langen Schichten ausgebeutet. Er war ein Spielball in den Händen der Arbeitgeber. Seine ein ganz anderes Bild. Neues geistiges Leben, Anteilnahme an den wirtschaftlichen und wirtschaftlich-wissenschaftlichen Geschehnissen. Der Unterschied gegen damals tritt am stärksten in Erscheinung, wenn man einmal Gelegenheit hat, an Konferenzen und Zusammenkünften der Ziegler teilzunehmen. Weßhalb Regelmäßigkeit und Leben. Nur wer den Organisationsweg der Ziegler verfolgt hat, kann ermessen, welche Schwierigkeiten überwunden werden mußten, um den heutigen Stand zu erreichen. Im Frühjahr 1926 erfolgte der Anschluß des größten Teils der Pippischen Zieglerorganisation, die sich vom christlichen Fabrikarbeiterverband zur Folge Differenzen wegen der Organisationsstruktur abgespalten hatten, an den Fabrikarbeiterverband. Am 1. August trat der Keramik-Verband als Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands ins Leben, und die Gruppe Grobbleich trat mit zum Keramik-Verband. Die Ziegler sind innerhalb des Keramik-Verbandes eine der stärksten Industriegruppen mit.

In bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse kann gesagt werden, daß diese der Ziegler in hohem Maße verbessert sind heute einem Stand erreicht haben, welche einen Vergleich mit anderen Berufen erlauben können. Wenn noch etwas zu bemerken ist, so liegt es nicht an der Organisation, sondern an der Wirtschaft, sondern daran, daß alle Ziegler den Weg zu unserer Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter, gefunden haben. Ein Teil steht noch abseits und läßt sich von ihren organisierten Arbeitsbrüdern und Schwestern nicht überzeugen aus dem Fehler bösen. Daher wird der Kampf um den Anschluß der Ziegler getrieben. Aber gerade die Erfahrungen der Nachkriegszeit sind vor allem Dingen der letzten beiden Jahre, möglichen Zieglerkollegen und Kolleginnen gegenüber, daß Erfolge in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur durch feste gewerkschaftliche Organisationen zu erzielen sind, und daß Organisationskämpfe auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nur durch feste gewerkschaftliche Organisationen zu bestehen werden können.

Bei den diesjährigen Lohnkämpfen gelang es, für die Ziegler bei circa 100 Lohnabnehmern des Roharbeiters und Erdbauers eine durchschnittliche Lohnerhöhung von circa 7% zu erzielen. Gewinnen an den erfolgten Lohnkämpfen in vielen anderen Industriezweigen ist das ein Erfolg, der sich loben lassen kann.

und der nur durch den starken Rückhalt des Fabrikarbeiterverbandes erzielt werden konnte.

Für unsere organisierten Zieglerkollegen ist es nun Pflicht, diesen starken Rückhalt noch mehr zu festigen und auch den letzten Zieglerkollegen und die letzte Kollegin für unsere Organisation zu gewinnen. Erst dann werden die erzielten Erfolge von Dauer sein und die materielle und kulturelle Lage der Zieglerkollegen und -kolleginnen zu einem immer höheren Ziel geführt werden können.

Ziegelearbeiter von Weckwert, kommt zu uns!

Ein Betrieb, wie er nicht sein soll, ist die Dampf-Ringziegelei M. Weckwert, Frankfurt a. M. - Nieder-Eschbach. Schon von der Landstraße aus, die an der Ziegelei vorbeiführt, kann man die ersten Merkmale des Betriebes sehen. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, wenn für diesen Betrieb die Gewerbe-Inspektion ein ganz besonderes Interesse hat. Nicht allein die Gewerbe-Inspektion darf ein solches Interesse haben, um Ordnung in diesen Betrieb zu bringen, sondern auch die dort beschäftigte Arbeiterklasse selbst, die heute noch von Sonnenaufgang bis Nacht-Anfang arbeitet, mühte sich aufzubauen gegen die unsoziale Behandlung der Firma. Trenn und brav verrichtete ihr schweres und schlecht bezahltes Tagewerk. Wohl tragen sie im Innern ein Unterbewußtsein auf Verbesserung ihrer Lebenslage, jedoch an die Oberfläche des täglichen Gewerkschaftskampfes kommt davon sehr wenig oder garnicht.

Kürzlich ist dort ein Kollege unserer Organisation beigetreten, jedoch an eine Kassierung im Betrieb war nicht zu denken. Ein im Nachbargebiet beschäftigter Kollege, der den Neugewonnenen besuchen wollte, wurde von den Herren des Betriebes umschlichen wie die Gans vom Fuchs. Eine Verbindung mit den dortigen Kollegen ist sehr schwer möglich; denn nicht allein des Werktags wird dort gearbeitet, nein auch Sonntags haben sie meistens das Vergnügen, „arbeiten zu können“. So hat auch neuerdings die Firma wieder versucht einen lang organisierten Kollegen zu benachteiligen. Einen ganzen Tag hielt dieser dort aus. Die Firma wollte unserem Kollegen bei seinem Weggehen soviel Lohn ausbezahlen, daß dieser sich weigerte, den „erhöhten“ Betrag anzunehmen. Auf ein Mahnschreiben der Verbandsleitung antwortete die Firma in einem Brief entsprechend ihrem alten Standpunkt. Eine Klage am Arbeitsgericht wird die Sachlage klären. So geht es Tag für Tag und keiner der dort Beschäftigten verlangt aus eigenem Antrieb eine Verbesserung seiner Lebenslage.

Kollegen! „Wacht hoch endlich auf!“ Weicht euch andere Betriebe und was dort die bei uns organisierten Kollegen für Vorteile genießen. Kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne und bessere Wohn- und Schlafverhältnisse, das sind die Errungenschaften der gemeinschaftlichen Arbeit. Wollt ihr nicht auch das selbe? Begreift doch, daß ihr als Einzelne ohnmächtig seid, geht jedoch eine Macht, kommt zu uns, zu eurer Berufsorganisation, dem Verband der Fabrikarbeiter - Abteilung Keramik-Verband - stärkt unsere Reihen, kämpft gemeinsam mit uns für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, tretet ein für die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse im gesamten öffentlichen Leben, vor allem aber in der „phäre der Arbeit“. So, wie seither, kann es in Zukunft nicht mehr weitergehen. Wollt ihr endlich ein Vorwärtsschreiten der Arbeiterklasse zur Befreiung, dann müßt ihr lernen mitkämpfen. Wir nehmen an, daß wir euch keine Unbekannten sind, und hoffen auf eure baldige Anmeldung. Erst dann wird die Firma Weckwert Ordnung und Recht achten. E. Str., Frankfurt.

Wirkungen des § 37 - Hausarbeitsgesetz bei Ansprüchen aus dem Tarifvertrag.

Ist ein Heimarbeiter-Lohnarbeitsvertrag nach den Gesichtspunkten der Paragraphen 26-28 S.-N.-G. zustande gekommen, so hat dieser Lohnarbeitsvertrag die Wirkung eines für Allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages im Sinne des § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918. Er ist also unabhängig, das selbe gilt auch bei Tarifverträgen für Heimarbeiter, die nach den allgemeinen Gesichtspunkten des Tarifrechts zustande kamen, wenn dieselben für verbindlich oder allgemeinverbindlich erklärt sind. Tarifverträge, in welchen die Lohn- und Arbeitsbedingungen von Betriebs- und Heimarbeitern gemeinsam geregelt sind, haben dieselbe Wirkung, wie die unter obengenannten Gesichtspunkten zustande gekommenen Heimarbeiterlohnarbeits- und Tarifverträge für Heimarbeiter, wenn die Rechtsverbindlichkeit oder die Allgemeinverbindlichkeit ausgesprochen ist.

Bei Durchführung solcher Tarifverträge hat nach § 37 Abs. 1 S.-N.-G. der Sachauschuss, sobald das Verbotnis zu seiner Kenntnis kommt, den bekannten Tarifbrecher unter Androhung einer Buße aufzufordern, den zu wenig bezahlten Lohn sofort nachzuführen. Ist der Aufforderung innerhalb 14 Tage keine Folge geleistet, dann soll der Sachauschuss die angebotene Buße festsetzen. Die Buße darf das Nennfach des zu wenig bezahlten Lohnes nicht übersteigen, sie darf das Nennfach erreichen, wenn gegen den in Frage kommenden Tarifbrecher bereits zweimal eine Buße festgesetzt ist.

Nach Absatz 2 ist die Festsetzung einer Buße unzulässig, wenn der Gewerbetreibende oder Zwischenmeister, dem eine Buße ausgedroht war, innerhalb der Frist von 14 Tagen dem Sachauschuss nachgewiesen hat, daß er in Folge von Nichtbestehen einer Verpflichtung oder daß der Hausarbeiter die Mängel auf Zahlung oder Festsetzung der Zahlungspflicht erhoben hat.

Nach Abs. 3 soll die Buße festgesetzt werden, wenn der Tarifbrecher vorablich gehandelt hat. Abs. 4 beschränkt die Ansprüche der Heimarbeiter auf vier Wochen.

Der § 37 S.-N.-G. soll die Heimarbeiter gegen Tarifbrecher schützen, insbesondere dem Tarifgedanken Anerkennung geben und er soll ferner ein Schutz für unbefohlene und rationelle Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende sein. Durch ihn soll die Möglichkeit gegeben sein, daß auch dritte Personen oder Organisationen an Stelle der vom Lohnbruder Betroffenen beim Sachauschuss Anzeige gegen Lohnbruder erstatten können. Diese Festsetzung folgt aus Abs. 1 entnommen werden.

Ein Schwanken wird auf § 37 geworfen durch seinen Abs. 4. Dieser Absatz ist seit seiner Anwendung in der Praxis herkömmlich geworden. Nach ihm kann der Sachauschuss dem Tarifbrecher nur eine Nachzahlung anordnen, die auf vier Wochen beschränkt ist. Der Sachauschuss kann über die Grenze von vier Wochen auch hinauf gehen, wenn für ihn feststeht, daß der angeklagte Tarifbrecher schon zwei Jahren Tarifbruch begangen hat. Das bedeutet, daß der Heimarbeiter bei Klagen über den Nachzahlung nicht zu seinem vollen Rechte kommen kann. Der § 37 ist dadurch anstatt zu einer weitgehenden, zu einer schädlenden Schutzbestimmung für diejenigen Heimarbeiter geworden, für die in der Regel durch dritte Personen oder Organisationen die Hilfe des Sachauschusses in Anspruch genommen wird, also solche Heimarbeiter, die als unbefohlene und rationelle bezeichnet sind. Das diese Gruppe von Heimarbeitern nicht die Courage besitzt, ihre Ansprüche beim Arbeitsgericht einzuklagen, darüber hat die Praxis weitere Erfahrungen gemacht.

Auf Grund der schädlichen Auswirkungen, die durch § 37 Abs. 4 für Heimarbeiter verursacht werden, ist die Frage aufzuwerfen, ob den Heimarbeitern überhaupt noch der Weg über den Sachauschuss bei Lohnansprüchen oder sonstigen Ansprüchen aus dem Tarifvertrag zu empfehlen ist. Die gemachten Erfahrungen sprechen. Eine solche Empfehlung ist deshalb kaum noch zu verantworten. Für nicht „unbefohlene“ und für nicht „rationelle“ Heimarbeiter ist der Weg über den Sachauschuss auch

gar nicht notwendig. Für sie steht der Weg über das Arbeitsgericht frei. Dieser Weg ist deshalb zu wählen, weil dort Heimarbeitern dieselben Rechtsmittel zuerkannt werden, wie Betriebsarbeitern. § 5 S.-N.-G. Die im § 37 Absatz 1 S.-N.-G. vorgeschriebene Beschränkung des Lohnanspruchs höchstens vier Wochen kommt bei der Anspruchsverfolgung vor dem A. G. in Fortfall. Es gelten die allgemeinen Bestimmungen über Verjährung. § 196 und 201 BGB. Somit kann die Heimarbeiter vor dem Arbeitsgericht Lohnansprüche einem Tarifvertrag, die bis zu zwei Jahren zurückliegen, geltend machen (Fristberechnung nach §§ 186 bis 193 BGB.).

Für Heimarbeiter, die den Willen haben, mit etwaigen Lohnansprüchen aus einem Tarifvertrag dem Unternehmer gegenüberzutreten, ist der Weg über das Arbeitsgericht der geeignete. Ein Heimarbeiter braucht sich den Bestimmungen des § 5 S.-N.-G. unterwerfen.

Nach Dr. Gustav Rohmer (Kommentar zum Hausarbeitsgesetz S. 130) hat § 37 Abs. 4 S.-N.-G. nur den Zweck, „daß wegen weit zurückliegender Ansprüche das Vorgehen in der Praxis genommen werden soll“. Nur deshalb sei eine vierwöchige Frist bei Lohnansprüchen vorgesehn. Dazu ist Rohmer fest, daß mit der Verjährung des Anspruchs nach § 196 Abs. 4, § 37 S.-N.-G. nichts zu tun hat. Aus der Auffassung Rohmers ist zu entnehmen, daß Abs. 4 zum § 37 nur deshalb geschaffen worden ist, um den Sachauschuss für Unbefehlene gegen Lohnbruder und Tarifbrecher eine begrenzte Grundlage zu geben. Eine ähnliche Auffassung vertritt a. a. O. Kötter (Kommentar zum S.-N.-G. W. Mohde S. 69). Dr. Käthe Gabel stellt fest, „die Frist von vier Wochen bezieht sich nur auf die Anforderung vor dem A. G., nicht auf die Geltendmachung des Anspruchs vor Gericht. In dieser Beziehung ist § 196 BGB., der eine Verjährungsfrist von zwei Jahren vorsieht (Kommentar zum S.-N.-G. Dr. Käthe Gabel S. 31).

Eine abweichende Auffassung vertritt Dr. Erich Welsch (Kommentar zum Heimarbeiterlohnarbeitsgesetz, Dr. Erich Welsch S. 87/88). Welsch steht auf dem Standpunkt, daß der § 37 S.-N.-G. die allgemeinen Verjährungsfristen § 196 BGB. auf die Wirksamkeit setze, kommt aber an der Überzeugung, daß das Ergebnis dieser Untersuchung bedenklich sei und deshalb der § 37 Abs. 4 ganz eng ausgelegt werden müsse. Der Standpunkt Welschs ist mit größter Voricht anzunehmen; denn er schneidet zum Teil an der Wirklichkeit vorbei. G. E. Klein.

Breslau.
Zum Geschäftsjahr ist der Kollege Gabriel Deschuyse Neubekannt. Wir danken den übrigen Bewerbern.
Die Ortsverwaltung.
S. W. F. Medlin.

Literarisches.

Ein Buch gehört der Menschheit an und der ganze Welt, nicht seinem zufälligen Geburtsort und Geburtsjahre, es wird wie die moralische Handlung zwar in der Zeit aber nicht für sie, sondern für die Ewigkeit gehören.
Jean Paul.
„Arbeiter-Sprachzeitung.“ Die neue Nummer dieser sozialistischen Monatschrift ist soeben als Doppelheft (8/9) erschienen. Allen Arbeitern und Angehörigen, die auf ein gutes Deutsch Wert legen, oder sich in fremden Sprachen beschäftigen, ist die „Arbeiter-Sprachzeitung“ eine willkommene Hilfe. Aus dem Inhalte der neuen Nummer sei besonders erwähnt das Gesicht der bürgerlichen Zeitung; die Logik in der Sprache; Französisch für Vorgesetzte (Texte aus französischen Parteil- und Gewerkschaftszeitungen); Englisch (mit Aussprachebezeichnung) für Anfänger an Vorgesetzten. Besonders wertvoll ist der Abschnitt „Hauptverhältnisse in der deutschen Sprache“. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1,20 RM. Das Einzelheft kostet 40 Pf. Die Zeitschrift ist zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen, durch die Postanstalten oder durch die „Arbeiter-Sprachzeitung“, Berlin W. 57, Zietenstr. 6a.

A. D. G. B. Ortsausschuß Berlin, 36. Geschäftsbericht für das Jahr 1926. Der Geschäftsbericht ist ein 263 Seiten starkes Buch. In ihm sind festgehalten: die Arbeiterschaft im Jahre 1927/28, Lohnbewegungen und Streik im Jahre 1927, Arbeitslosenverteilung und Arbeitslosenversicherung, Krankenkassenwesen, Arbeiterschutz, Wohnungswirtschaft und Gewerkschaften, Arbeitsgericht - Landesarbeitsgericht, Schlichtungsausschuß, Rechtsabteilung, Jugendgerichtshilfe, die Berliner Gewerkschaftsämter im Jahre 1927/28, Bildung und Erziehung, Freigewerkschaftliche Jugendzentrale, weitere Tätigkeitsgebiete des Ortsausschusses, Kundgebungen, Betriebsräteverwaltungen, Wirtschaftliche Unternehmungen der Gewerkschaften, Organisationswesen, Kassenbericht und Bilanz, Tabellen und Übersichten sowie ein Anhang mit: Berichte der Gewerkschaften, Berichte der Bezirks-Unterausschüsse, Adressenverzeichnis und Bildbeilagen. Aus den Abschnitten ist das umfassende Tätigkeitsgebiet des Ortsausschusses bereits mit aller Deutlichkeit zu erkennen. In dem Rechenschaftsbericht ist viel Erfreuliches enthalten, darunter auch eine Mitgliederzunahme im Berichtsjahr von 38.994, sodaß 335.710 Mitglieder am Jahresabschluss gezählt werden konnten. Es ging also mit der Gewerkschaftsbewegung in Berlin wieder aufwärts.

Arbeitsmarkt.

Gesucht wird für sofort ein tüchtiger, lediger Glaschleifer-gehilfe zum Maschinenpressen, für sämtliche Bedienungsaufgaben und Konserve, oder zum Einbohren von Bohrungslöchern. Kost und Logis vorhanden. Arbeitsnachweis Otto Stange, Dreßden (M.-L.), Greinerstr. 277. (407)

Gewandter, jüngerer Schriftsetzer auf Apothekenhandgehilfe, zum sofortigen Eintritt, gegen Höchstlohn, nach Mitteldeutschland gesucht. Es wollen sich nur Herren melden, die schon auf Apothekenhandgehilfe gearbeitet haben. Offerten unter N. 100 an die Red. d. Bl. (408)

Gesucht werden Abnehmer zum Verschmelzen von Thermo-folgen von der Firma Müller & Feld. Zu melden beim Arbeitsnachweis Wilhelm Peto, Neupetershain (M.-L.), Neustr. 3. (409)

2 ledige Kompanisten auf leichten Schiff oder Bleiwerkstoff suchen sofort Arbeit, wenn möglich Dauerstellung. Angebote sind zu senden an Arbeitsnachweis Bruno Schwedler, Honerstraße (M.-L.), Lanckstr. 4. (410)

Durch Fabrikabnahme des dritten Ovens sind noch 4 Werkstellen komplett zu besetzen, außerdem werden noch einige Glasmacherehilfen eingestellt, auf Medizinalglas zum Verschneiden. Arbeitsangebote sind an den Betriebsratsobmann Heinrich Kühne oder an den Vertrauensmann Emil Lenner, Schwepnitz, einzureichen. (411)

3 Kübelmacher für sofort gesucht (Kostlosbeihilfe wird erwährt), durch Arbeitsnachweis für die Glasindustrie Weikwasser (M.-L.), Muskauerstr. 6. (412)

Tüchtiger Glasmacherehilfen zum Verschneiden und Moten für Glasflaschen gesucht, durch Arbeitsnachweis für die Glasindustrie Weikwasser (M.-L.), Muskauerstr. 6. (413)

Gesucht werden tüchtige Einbreder, die auch Galgenarbeit verrichten können, unverheiratet, da keine Wohnungen vorhanden. C. C. Carstens, Mathenow. (414)

Drei sehr tüchtige Spreuer auf vierfache Polster und Stuhlpolstermacher werden sofort eingestellt. Gehr. Eibenlein, Glashüttenwerke G. m. b. H., Wilschowschke in Tschirn. (415)

Tüchtiger Feinschleifer auf Bedienungsaufgaben und leichte Handarbeit sucht sofort Stellung im In- oder Ausland. Eintritt sofort. Angebote an Franz Tomasko, W. 111, heim Hofstraße, Katherinenstr. 10a (M.-L.). (416)

Ein lediger Normenmacher sucht Stellung als Meister oder als Gehilfe. Eintritt kann sofort erfolgen. Angebote sind zu senden an Arbeitsnachweis Wilhelm Peto, Neupetershain (M.-L.), Neustr. 3. (417)

Verlag: Elbin Karl, Charlottenburg, Brabestr. 2-5.
Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Neuninger, Charlottenburg, Brabestr. 2-5.
Druck: C. Janitzsch, Berlin SO 26, Eißelbacherstr. 29/30